



SRG SSR Wahlbarometer

Bericht zur Umfrage - Oktober 2017



Autoren:

Dr. Thomas Milic
Dr. Michael Hermann
Lorenz Bosshardt

Prof. Dr. Andreas Ladner

sotomo GmbH
Winterthurerstrasse 92
8006 Zürich

18. Oktober 2017

Inhaltsverzeichnis

Die wichtigsten Ergebnisse	3
Die aktuellen Wahlabsichten: Hohe Stabilität, geringe Zugewinne und Verluste	3
Wahlbedauern und die Wechselgründe	4
Die Beliebtheit der Parteipräsidenten und Parteipräsidentinnen	4
Die drängendsten Probleme	6
Zur Erhebung und Methodik	7
Die Erhebung	7
Die Stichprobe	8
Die Gewichtung	8
Die Entwicklung der Parteistärken seit den letzten eidgenössischen Par-	
lamentswahlen	10
Die eidgenössischen Wahlen 2015	10
Die kantonale Wahlbilanz seit den nationalen Parlamentswahlen	10
Die aktuellen Wahlabsichten	15
Vorbemerkungen	15
Die aktuellen Wahlabsichten und Veränderungen zu 2015	15
Wechselgründe	18
Soziologisches Profil der Wählerschaften	23
Alter und Parteipräferenz	24
Geschlecht und Parteipräferenz	25
Bildungsniveau und Parteipräferenz	25
Einkommen und Parteipräferenz	26
Konfession und Parteipräferenz	27
Ideologisches Profil der Wählerschaften	27
Links/Rechts-Einstufung und Parteipräferenz	27
Politische Werthaltungen und Parteipräferenz	29
Parteienimages und Beliebtheit der Parteipräsidenten	32
Vorbemerkungen	32
Parteienimages	33
Beliebtheit der Parteipräsidenten und Parteipräsidentinnen	38
Sorgen und politische Themen	46
Vorbemerkungen	46
Das Hauptproblem	47
Das Hauptproblem nach Parteipräferenz	50
Methodik	51

Die Datenerhebung	51
Die Stichprobe	51
Die Gewichtung	52
Glossar	56
Wahlabsichten	56

Die wichtigsten Ergebnisse

Die aktuellen Wahlabsichten: Hohe Stabilität, geringe Zugewinne und Verluste

Die Wähleranteile aller Parteien sind seit 2015 erstaunlich stabil geblieben. Während sich bei Wahlen in den Nachbarländern (Frankreich, Deutschland und Österreich) massive Verschiebungen in den Wählerpräferenzen ergaben, ist die Schweiz ein Hort der Stabilität: Die Gewinne bzw. Verluste der Parteien fallen im internationalen Vergleich höchst bescheiden aus. Gleichwohl gibt es Gewinner wie auch Verlierer. Drei Parteien können im Vergleich zu ihrem Ergebnis von 2015 zulegen: Die Grünen, die GLP und die FDP. Bei der FDP setzt sich der aufsteigende Trend, der sich bereits vor den nationalen Wahlen 2015 abzeichnete, weiter fort. Sie kommt neu auf 17.1 Prozent. Die Grünen können ihre Stimmenverluste von 2015 beinahe wieder wettmachen und erzielen aktuell einen Wähleranteil von 8.1 Prozent. Auch die GLP kann um +0.8 Prozentpunkte zulegen. Die BDP hingegen gehört zu den aktuellen Verlierern. Sie verliert im Vergleich zu 2015 nochmals und liegt nun bei 3.4 Prozent. Die SVP bleibt zwar weiterhin die klar wählerstärkste Partei, muss indessen einen Verlust von -0.7 Prozentpunkte hinnehmen. Auch die SP verliert im aktuellen SRG SSR Wahlbarometer (-1.1 Prozentpunkte). Die CVP schliesslich hat den ersehnten Turnaround noch nicht geschafft und liegt nach Verlusten derzeit bei 10.9 Prozent.

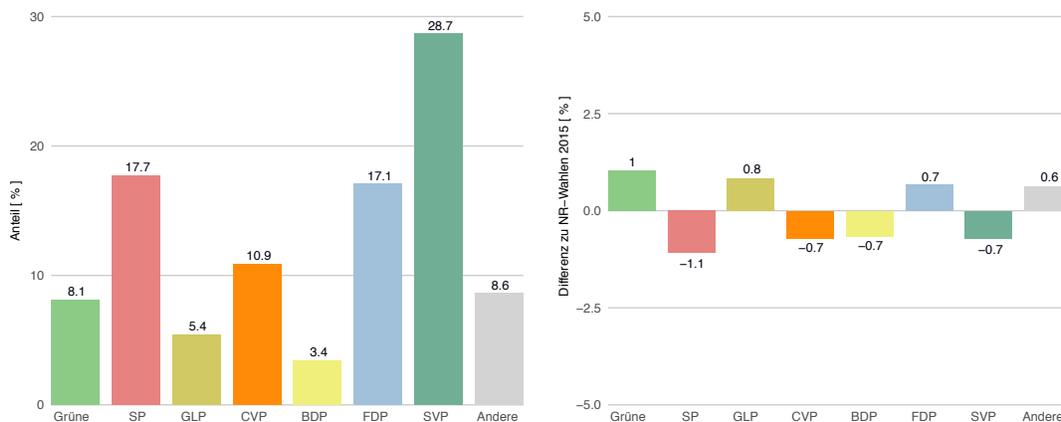


Abbildung 1: Wähleranteil am Total aller Teilnehmewilligen (n=11'606)

Wahlbedauern und die Wechselgründe

Verluste und Gewinne resultieren zum einen aus Mobilisierungsdifferenzen, zum anderen aus Parteiwechslern. In der vorliegenden Stichprobe gaben 87 Prozent an, sie würden auch heute noch dieselbe Partei wählen wie bei den letzten Nationalratswahlen. Die überwiegende Mehrheit der Wählerschaft ist ihrer damaligen Parteiwahl demnach treu geblieben. Dementsprechend zufrieden ist das Elektorat auch mit seinem Entscheid von 2015. 37 Prozent gaben an, mit dem damaligen Entscheid nach wie vor «sehr zufrieden» zu sein und weitere 47 Prozent sind mit ihrem damaligen Votum immerhin «eher zufrieden». Elf Prozent bedauern ihren damaligen Entscheid aus heutiger Sicht jedoch ein bisschen und vier Prozent würden ihn wohl am liebsten ungeschehen machen («sehr unzufrieden mit damaligem Entscheid»).

Die meisten Parteiwechsel resultieren daraus, dass sich die Problemlage seit 2015 geändert hat (29%) oder die alte Partei die Wertehaltungen des Wählenden nicht mehr vertritt (29%). Die SP verliert vor allem Wähler an die Grünen und an kleinere Linksparteien, und zwar vornehmlich deshalb, weil diese Wechselwähler der Ansicht sind, die Problemlage habe sich geändert. GLP und FDP gewinnen Wähler, weil sie sich einer gewissen Wählerschicht stärker annähern. Noch stärker gilt dies für die CVP: Der neue bürgerlich-soziale Kurs zieht vergleichsweise viele Neuwähler an. Gleichzeitig verliert die CVP aber auch so manchen ehemaligen Stammwähler. Indes, weniger wegen des neuen Kurses, sondern weil sie die – aus Sicht der entsprechenden Wähler – entscheidenden, neuen Probleme nicht genügend anspricht.

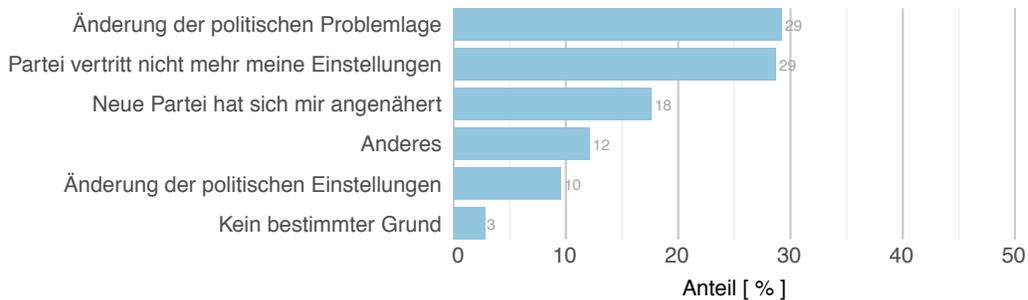


Abbildung 2: Gründe für den Parteiwechsel in % aller Wechselwähler (n =1'368)

Die Beliebtheit der Parteipräsidenten und Parteipräsidentinnen

Der dienstälteste Parteipräsident, Christian Levrat (SP), ist gleichzeitig auch der bekannteste der sieben abgefragten Parteichefs. Nur gerade zwei Prozent der Teilnah-

mewilligen wussten nicht, wer er ist und weitere zwei Prozent hatten keine Meinung zu ihm. Albert Rösti, der Parteipräsident der SVP, ist 95 Prozent der teilnehmewilligen Stimmberechtigten bekannt, wobei sich drei Prozent keine Meinung zu ihm bilden konnten. Die Bekanntheit der anderen Parteipräsidenten und –innen liegt unter jenen Werten, zum Teil gar erheblich. Jürg Grossen, der frisch gekürte Parteipräsident der GLP, ist beispielsweise einem Viertel der Teilnehmewilligen unbekannt. Bei Martin Landolt (BDP) und Regula Rytz (Grüne) liegen die entsprechenden Werte bei 13 bzw. 14 Prozent.

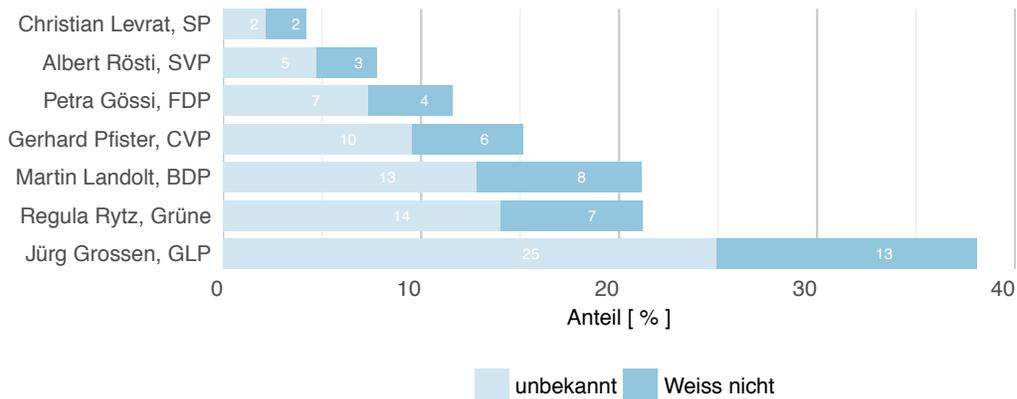


Abbildung 3: Bekanntheitsgrad und Anteil «Weiss nicht»-Antworten auf die Beliebtheitsfrage (n = 11'606)

Die Beliebtheit der Parteipräsidentinnen und –präsidenten wird in erster Linie von ihrer Parteizugehörigkeit geprägt. Sie werden «von Freund und Feind» zumeist als archetypische Parteivertreter wahrgenommen und eher selten als eigenständige Persönlichkeiten. Deshalb korrelieren die Beliebtheitswerte der Parteipräsidenten/innen stark mit den Wähleranteilen der jeweiligen Parteien. Am stärksten polarisieren die Präsidenten/innen der Polparteien, Albert Rösti, Christian Levrat und Regula Rytz.

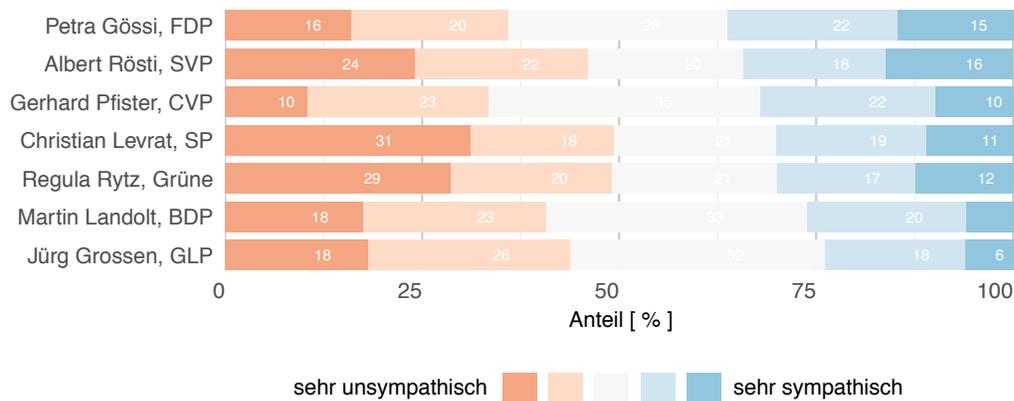


Abbildung 4: Sympathiewerte der Parteipräsidentinnen und Parteipräsidenten in % der Teilnehmewilligen (n = 11'606)

Die drängendsten Probleme

Das Themenfeld Migration (Migration/Asyl/Flüchtlinge) steht an erster Stelle der Sorgenrangliste der Wählenden. Mit der Schliessung der Balkan-Route und dem (zwischenzeitlichen) Rückgang der Flüchtlingszahlen hat dieses Themenfeld allerdings an Virulenz eingebüsst. Der entsprechende Anteilswert liegt in der vorliegenden Erhebung nur noch bei 21 Prozent. Durchaus bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der Umstand, dass die SVP ihren Wähleranteil trotz geringerer Medienpräsenz des Themas Flüchtlinge und Migration ziemlich stabil halten kann.

An zweiter Stelle rangiert die Gesundheitspolitik. Die kurz vor der Erhebung erfolgte Ankündigung steigender Krankenkassenprämien dürfte sich erheblich auf das Ergebnis ausgewirkt haben. Auch die Einschätzung des Problemfelds «Sozialpolitik (AHV, etc.)» – auf Platz drei des Sorgenrankings – dürfte unter dem gegenwärtig starken Eindruck der eben gescheiterten Rentenreform stehen. Die Altersvorsorge 2020 war unter anderem auch damit beworben worden, dass eine Reform dringendst nötig sei. Viele Wählenden machen sich nun Sorgen, wie es nach dem wiederholten Scheitern einer Reform der Altersvorsorge weitergehen soll.

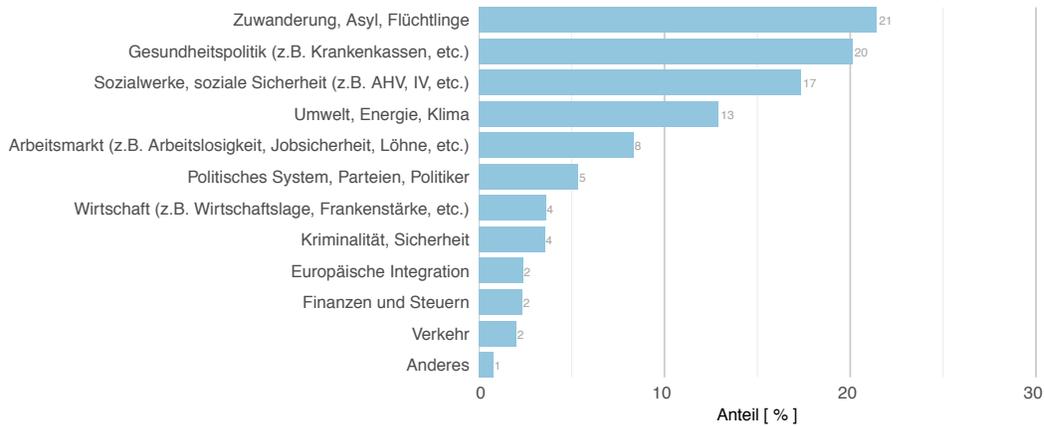


Abbildung 5: Das drängendste Probleme aus der Sicht der Teilnehmewilligen (n = 11'606)

Umwelt, Energie und Klima sind ebenfalls Themen, die beschäftigen. Auch hier ist ein Anstieg im Vergleich zu 2015 zu beobachten. Wie so oft dürften hierbei exogene Ereignisse wie der Bergsturz von Bondo oder der Hurrikan Irma eine Rolle gespielt haben.

Bemerkenswert ist zudem, dass einer der Dauerbrenner unter den Sorgen – die Angst vor einem Verlust des Arbeitsplatzes – die Wählenden derzeit nicht allzu stark umtreibt. Nur gerade acht Prozent der Teilnehmewilligen gab ein Arbeitsmarkt-bezogene Sorge als Hauptproblem an.

Zur Erhebung und Methodik

Die Erhebung

Die Vorwahlbefragung von SRG SSR lief zwischen dem 28. September und dem 2. Oktober 2017. Dabei wurden zwei unterschiedliche Befragungskanäle genutzt: Einerseits wurden Interviewteilnehmer aus dem Befragtenpanel von sotomo rekrutiert. Andererseits wurde die Befragung auf den Internetseiten von SRG SSR breit ausgespielt («Riversampling»). Die Teilnehmer rekrutierten sich dabei selbst (*opt-in online survey*). Insgesamt nahmen 7'058 Befragte aus dem sotomo-Pool und 7'005 Befragte über den *opt-in*-Kanal teil, womit sich die Gesamtzahl aller Umfrageteilnehmer auf 14'063 beläuft.

Von den 14'063 Personen, die sich an der Umfrage beteiligten, konnten rund 85 Prozent für die Auswertung berücksichtigt werden. Diese Differenz zwischen der Brutto- und der

Netto-Teilnehmerzahl kommt im Wesentlichen aufgrund von Item-Nonresponse und in geringerem Ausmass aufgrund von Doppelseinträgen und/oder Manipulationsverdacht zustande.

Die Stichprobe

Jedem Stichprobenresultat haftet eine gewisse Unsicherheit an. Diese Unsicherheit lässt sich niemals - unabhängig davon, welches Auswahlverfahren der Stichprobe zugrunde liegt - aus der Welt schaffen. Allerdings ist es möglich, das Ausmass dieser Unsicherheit anzugeben. Wir können demnach ausweisen, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein interessierender Parameter der Grundgesamtheit innerhalb eines bestimmten Wertebereichs zu liegen kommt. Dieser Unsicherheitsbereich wird in der Statistik mit dem Fachbegriff «Standardfehler» (häufig auch: Stichprobenfehler) bezeichnet, wobei der doppelte Standardfehler (auf einem vorab festzulegenden Konfidenzniveau (zumeist: 95%-Konfidenzniveau)) wiederum das Konfidenzintervall bildet. Die vorliegende Stichprobe beruht auf einer nicht-zufallsbasierten Auswahl. Dies ist für die Intervallschätzung (95%-Konfidenzintervall), die neben der jeweiligen Punktschätzung angegeben wird, von Bedeutung. Anders als bei einer echten Wahrscheinlichkeitsstichprobe (*probability sample*) kann bei einer willkürlichen Auswahl nicht die herkömmliche Formel zur Berechnung des Standardfehlers verwendet werden. Um das Konfidenzintervall für unsere Stichprobe zu ermitteln, wurde der Variationskoeffizient der Designgewichte (CV) ermittelt. Das 95%-Konfidenzintervall für Anteilswerte wurde anschliessend nach der folgenden Formel errechnet:

$$\hat{p} = \pm \sqrt{\frac{1 + CV^2}{n}}$$

Für die vorliegende Gesamtstichprobe beträgt das 95%-Konfidenzintervall 2.24 Prozentpunkte. Das Intervall wächst jedoch - *ceteris paribus* - umso stärker an, je geringer die Fallzahl einer Subgruppe.

Die Gewichtung

Sinkende Ausschöpfungsquoten erschweren es, repräsentative Stichproben zu ziehen oder zu realisieren. Kaum eine Stichprobe ist in einem strukturellen Sinne repräsentativ. So gut wie alle politischen Vor- und Nachbefragungen im In- und Ausland werden gewichtet. Eine Gewichtung war auch für die vorliegende Umfrage nötig, denn aufgrund des Auswahlverfahrens - die Teilnehmer rekrutierten sich selbst - ist auch die hier verwendete Rohstichprobe kein strukturtreues Abbild der Grundgesamtheit.

Das Ziel einer Gewichtung besteht generell gesprochen darin, die Repräsentativität einer Stichprobe zu erhöhen. Höhere Repräsentativität in einem strukturellen Sinne bedeutet wiederum verlässlichere, «genauere» Schätzwerte. Mit anderen Worten: Dadurch, dass die Stichprobenwerte bestimmter Merkmale an ihre bekannte Verteilung in der Grundgesamtheit angeglichen werden, erwartet man gleichzeitig, dass auch die Verteilung *anderer, eigentlich interessierender* Variablen (in unserem Fall: die Wahlabsichten der Befragten), näher an den effektiven Wert gerückt wird.

Das hier verwendete IPF-Verfahren (*Iterative Proportional Fitting* (IPF, auch *Raking* oder *Raking Ratio* genannt) ist ein Kalibrierungsverfahren. Es gleicht die Randverteilungen der realisierten Stichprobe an bekannte Randverteilungen in der Bevölkerung an. Dies geschieht iterativ nach einem spezifischen Algorithmus.

Für die vorliegende Schätzung wurde das R-Paket *anesrake* verwendet. *anesrake* erlaubt ein sogenanntes *Trimming* der Gewichte. Gemeint ist damit eine «Plafonierung» der Gewichtungswerte, dadurch dass eine Obergrenze definiert wird. Generell wird dadurch, dass man Obergrenzen (und teilweise auch Untergrenzen) für die Gewichtungswerte festlegt, verhindert, dass einzelnen Beobachtungen extrem hohe Gewichtungswerte zugewiesen werden. Gleichzeitig wird dadurch auch eine Verringerung der mittleren quadratischen Abweichung angestrebt. In der angewandten Forschung kursieren unterschiedliche Richtwerte dazu. Battaglia et al. (2004: 4744) schlagen beispielsweise vor, die Obergrenze bei dem Fünffachen des Mittelwertes der Gewichte (1.0) festzulegen. Wir haben entsprechend einen Maximalwert von 5 definiert.

Zu den Hilfsvariablen, nach denen in der vorliegenden Auswertung gewichtet wurde, gehören zum einen soziodemographische Merkmale wie Geschlecht, Alter, Bildungsniveau und Kantonszugehörigkeit. Sodann wurde aber auch nach politischen Merkmalen wie das rückerinnerte Wahlverhalten 2015 und rückerinnerte Abstimmungsentscheide gewichtet. Diese Form von Gewichtung gewährleistet repräsentative Stichprobenkennwerte.

Die Entwicklung der Parteistärken seit den letzten eidgenössischen Parlamentswahlen

Die eidgenössischen Wahlen 2015

Bei den eidgenössischen Parlamentswahlen am 18. Oktober 2015 konnten vor allem zwei Parteien zulegen: Die SVP, die mit 29.4 Prozent ein Rekordergebnis erzielte, und die FDP, die nach einem jahrzehntelangen Krebsgang den Trend umdrehen und ihren Wähleranteil um 1.3 Prozentpunkte steigern konnte. CVP, GLP, BDP und die Grünen hingegen mussten Verluste hinnehmen, während die SP ihren Wähleranteil halten konnte (+0.1 Prozentpunkte im Vergleich zu 2015).

Die kantonale Wahlbilanz seit den nationalen Parlamentswahlen

Seit den nationalen Parlamentswahlen vom Oktober 2015 wurde in zwölf Kantonen gewählt. Die Ergebnisse kantonaler Wahlen wurden in der Vergangenheit gelegentlich auch dazu genutzt, um (extrapolierte) Aussagen auf *nationaler* Ebene zu machen: Die kantonalen Wahlbilanzen der Parteien wurden auf die eine oder andere Art und Weise für die nationale Ebene hochgerechnet. Tatsächlich ist davon auszugehen, dass sich nationale Trends auch in einem kleineren Rahmen, d.h. in den einzelnen Kantonen, niederschlagen. Insofern liegt es nahe, von den Kantonsergebnissen auf die Bundesebene zu schliessen. Hinzu kommt, dass die amtlichen Wahlergebnisse gegenüber Befragungen den Vorteil der Unverzerrtheit haben: Die amtlichen Wahlresultate basieren nicht auf Stichproben, sondern sind Vollerhebungen. Damit haftet ihnen – anders als Befragungswerten – keine Unsicherheit an.

Indes, die Ergebnisse kantonaler Wahlen sind kein gänzlich unproblematisches Prognoseinstrument. Die kantonalen Wahlresultate lassen sich nämlich nicht ohne Weiteres auf die Bundesebene übertragen. Denn die kantonalen Wahlen werden zu unterschiedlichen Zeitpunkten und oft nach anderen Spielregeln durchgeführt als die nationalen Wahlen.¹ Zwecks Prognose der nationalen Wahlen sind sie weiter nur bedingt geeignet, weil die

¹Will man nationale Parteistärken anhand kantonaler Wahlergebnisse schätzen, ist zunächst zu bedenken, dass die Kantonsergebnisse zu unterschiedlichen Zeitpunkten erhoben werden. Die kantonalen Wahlen finden – nicht wie die Nationalratswahlen – zum gleichen Zeitpunkt statt. Das hat zur Folge, dass die kantonalen Resultate, die in eine solche nationale Hochrechnung einfließen, unterschiedlich alt sind. Resultate, die bereits vier oder fünf Jahre zurückliegen, sind als «Trendaussagen» offenkundig weniger gut geeignet als aktuelle Kantonsresultate. Ausserdem steht bei nationalen Projektionen von kantonalen Wahlresultaten die Grundgesamtheit nicht von vornherein fest: Die einzelnen kantonalen Ergebnisse können nach den jeweils Wählenden, aber auch nach den Wahlberechtigten gewichtet werden.

Beteiligung an nationalen Wahlen meist höher ausfällt als an kantonalen Wahlen.² Mit anderen Worten: Der Stimmkörper kantonalen Wahlen ist aufgrund der meist tieferen Stimmbeteiligung anders zusammengesetzt als jener nationaler Wahlen. Gewisse Parteien profitieren eher von einer hohen Beteiligung, während andere Parteien, die auf regelmässige Urnengänger zählen können, daraus keinen Nutzen ziehen können. Konkret: Die beiden Polparteien SP und SVP können von einer höheren Beteiligung bzw. vom nationalen Kontext einer Wahl zumeist, wenn auch nicht immer, profitieren. CVP und FDP hingegen profitieren umgekehrt eher von einer geringeren Beteiligung. Mit anderen Worten: Nationale Parteistärken,³ die auf der Grundlage von Kantonsratswahlen ermittelt werden, dürften das tatsächliche (und bei Nationalratswahlen ausgeschöpfte) Wählerpotential der SVP und SP eher unterschätzen, während sie dieses Potential bei der FDP und CVP in der Tendenz wohl eher überschätzen.

Hingegen sind die *Wahlrends* in den Kantonen (d.h. die Gewinne und Verluste, nicht aber das tatsächliche Niveau des Wähleranteils) zwar längst kein unfehlbarer, aber ein immerhin guter Indikator für die zu erwartenden Gewinne und Verluste bei den Nationalratswahlen bzw. für die aktuellen Wahlabsichten auf Bundesebene.⁴ Für kantonale Trends gilt zudem: Je näher die kantonale Wahl zeitlich zu den eidgenössischen Wahlen liegt und je grösser der Kanton, desto grösser ist die Prognosekraft der betreffenden kantonalen Trends für das Ergebnis bei den Nationalratswahlen. Der Kanton Zürich gilt deshalb gemeinhin als Hauptprobe für die wenig später stattfindenden Nationalratswahlen.

²Mit wenigen Ausnahmen (z.B. VS und TI) fällt die Beteiligung bei kantonalen Wahlen (z.T. gar erheblich) tiefer aus als bei den nationalen Parlamentswahlen.

³Der Begriff «Parteistärke» wird unterschiedlich verwendet. Einige setzen beispielsweise Sitzanteile mit Parteistärken gleich. Wir hingegen verstehen darunter analog zur Definition des BfS den «Anteil Wählerstimmen, die eine Partei erhalten hat, am Total aller abgegebenen gültigen Stimmen».

⁴Siehe z.B.: Ladner, Andreas und Ivar Trippolini (2007). Wer gewinnt die Nationalratswahlen 2007? Möglichkeiten und Grenzen von Wahlvorhersagen auf der Basis von kantonalen Parlamentswahlen. Working paper de l'IDHEAP 3/2007.

Tabelle 1: Veränderungen in den kantonalen Parteistärken im Vergleich zur Vorperiode in allen kantonalen Wahlen seit Oktober 2015

Kanton	FDP	CVP	SP	SVP	EVP	glp	BDP	Grüne
UR	+6.6	-5.3	+0.9	-0.6	-	-	-	-1.5
SG	+1.9	-2.6	-0.2	+4.2	-0.5	-1.1	-1.1	-0.7
TG	+1.4	-0.8	-0.3	+2.1	+0.2	-0.7	-1.7	-0.3
SZ	-1.2	-1.9	+0.5	-0.9	+0.3	+2.5	0.0	+0.6
SH	-2.7	-1.2	+0.2	+1.5	+0.2	+5.7	-	-3.5
BS	+2.3	-1.5	+1.8	-0.7	-0.7	-0.7	-0.6	+1.6
AG	+0.6	-1.2	+3.7	-0.1	+0.1	-0.2	-1.7	-0.3
FR	+2.9	-2.9	-0.7	+1.1	-0.4	-1.9	-1.5	+0.9
VS	-1.4	-2.1	-1.4	-0.8	-	-	-	+3.6
SO	-0.2	+0.6	+2.3	-0.4	-0.3	-1.1	-0.7	-0.2
NE	+4.7	0.0	-2.9	-5.4	-	-0.5	-0.8	+3.7
VD	+2.9	-	-2.4	-1.2	-	-	-	+1.2

Daten: BfS. Bemerkung: Im Kanton BS wurden die Resultate von FDP und LDP zusammengefasst. VS: CVP inkl. CSPO. Im Kanton VD wurde die Veränderung der FDP zum addierten Anteil FDP/LP des Jahres 2012 ausgewiesen. Im Kanton VD können die Gewinne/Verluste der CVP, GLP und BDP wegen nicht aufteilbarer Mischlisten nicht ausgewiesen werden.

Seit den eidgenössischen Wahlen 2015 fanden in zwölf Kantonen Parlamentswahlen statt. Ermittelt man die nach Anzahl Wahlberechtigten gewichteten nationalen Parteistärken⁵, so ergibt sich bei zwei der vier Bundesratsparteien ein vergleichsweise klares Bild: Die FDP gewinnt dazu, die CVP verliert. Die Gewinne bzw. Verluste sind indessen nicht dramatisch. Grössere Verschiebungen in den Wählerpräferenzen sind in einem derart stabilen Parteiensystem wie dem Schweizerischen ohnehin nicht zu erwarten. Immerhin scheint die FDP ihren Aufwärtstrend bestätigen zu können oder aber sie ist im Begriff, die bei den letzten Nationalratswahlen erzielten Gewinne auch kantonal zu konsolidieren. Der Krebsgang der CVP wird in den kantonalen Wahlen hingegen fortgesetzt, auch wenn er in den letzten Wahlen spürbar abgebremsst wurde.

⁵Der nationale «Formstand» der Parteien wird auf unterschiedliche Art und Weise ausgewiesen. Besonders populär sind beispielsweise Bilanzen der Mandatsgewinne bzw. -verluste. In erster Linie wohl deshalb, weil keine aufwendigen Rechenarbeiten zu leisten sind. Solche Mandats- oder Sitzbilanzen sind nicht per se falsch. Will man *Mandatsgewinne* oder *-verluste* ausweisen, so sind solche Bilanzen exakt das Richtige. Möchte man jedoch Aussagen über nationale Parteistärken (d.h. prozentuale Wähleranteile) machen oder baut man gar eine Prognose zu den Nationalratswahlen darauf auf, so muss man sich der Grenzen solcher Mandatsbilanzen bewusst sein: Denn die Anzahl Mandate ist beispielsweise vom Sitzzuteilungsverfahren und der Wahlkreisaufteilung abhängig. Diese fallen bei kantonalen und nationalen Wahlen in aller Regel auseinander, womit sich allein schon deshalb (z. T. erhebliche) Unterschiede zwischen nationalen und kantonalen Resultaten ergeben können. Wir haben statt der Mandate die vom BfS ausgewiesenen kantonalen Parteistärken (und zwar unter Berücksichtigung der Zuteilung von Mischlisten an die einzelnen Parteien) verwendet.⁶ Diese Anteilswerte flossen sodann entsprechend dem Gewicht der kantonalen Anzahl Stimmberechtigten (und zwar zu Beginn eines Kalenderjahres) in die nationale Hochrechnung ein.

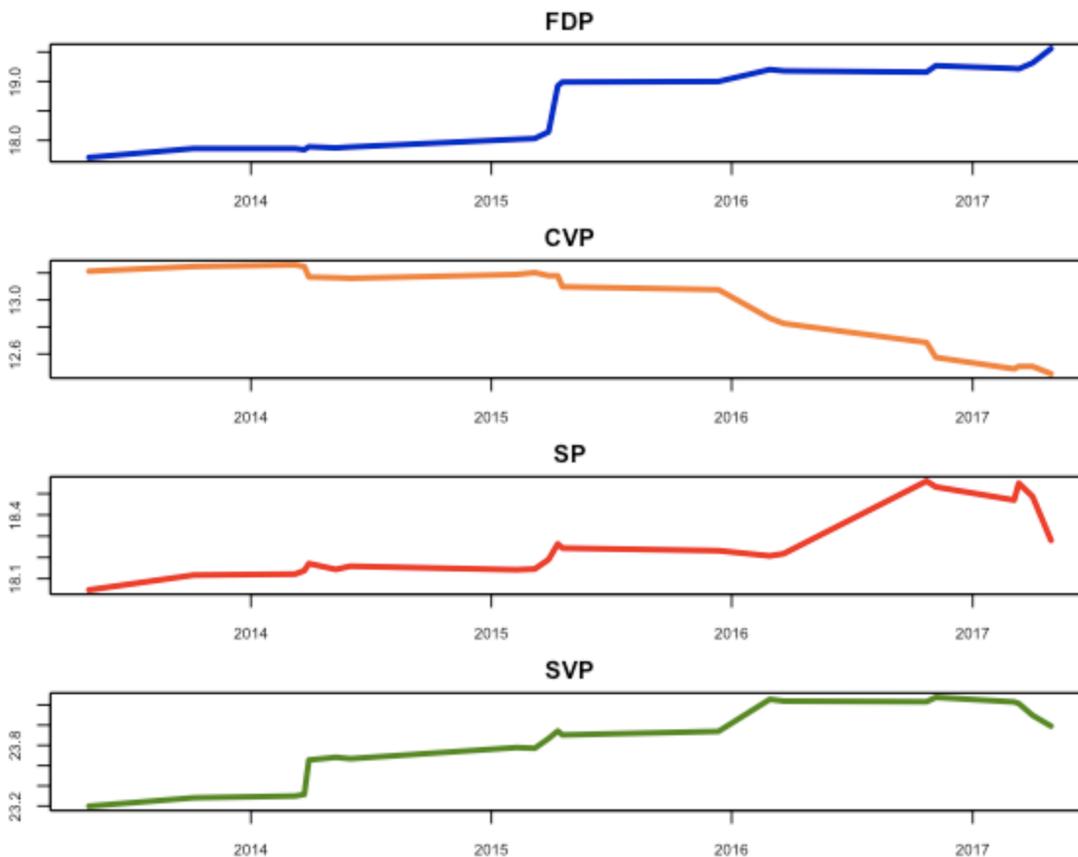


Abbildung 6: Auf der Basis von kantonalen Parlamentswahlen ermittelte nationale Parteistärken der vier wählerstärksten Parteien gewichtet nach kantonomer Anzahl der Wahlberechtigten

Bei den beiden Polparteien SP und SVP präsentiert sich kein einheitliches Bild. Die SP konnte vor allem im Kanton Aargau spektakulär hinzugewinnen, hat aber in der Romandie Verluste hinnehmen müssen. Die SVP wiederum legte vorerst (vergleichsweise) kräftig zu, stagnierte Mitte 2016 jedoch und hat zuletzt (v.a. NE) ungewohnte Verluste hinnehmen müssen.

Die Grünen wiederum haben sich nach der Wahlniederlage 2015 erholen können. Ihre kantonalen Sitzgewinne fallen gar spektakulär aus. Betrachtet man die hochgerechneten nationalen Parteistärken, so stellt man allerdings fest, dass zumindest ein Teil der Mandatsgewinne auf Veränderungen im Sitzzuteilungsverfahren und dem Proporzglück zurückzuführen ist. Letztlich aber konnten die Grünen kantonal zulegen, vor allem in der Romandie, wo die SP – der «Hauptkonkurrent» um linke Stimmen – gleichzeitig verlor. Diese positive Korrelation zwischen den Gewinnen der Grünen und den Verlusten der SP deutet darauf hin, dass linke Stimmen im linken Lager verblieben, ihre Parteifarbe aber von rot auf grün wechselten. Die Gegenfolie zu den Grünen bildet derzeit die

BDP: Sie hat zwischen 2013 und heute rund 30 Prozent ihrer kantonalen Wählerschaft eingebüsst. Die Wahlen in ihren Stammländern Bern, Graubünden und Glarus stehen zudem noch an. Sie dürften für die weitere Entwicklung dieser Partei entscheidend sein.

Die GLP stagniert seit den Wahlen 2015 in den Kantonen. Der Einbruch in der national hochgerechneten Parteistärke resultierte noch von den Zürcher Kantonsratswahlen, die vor den nationalen Wahlen stattfanden. Diese Verluste im Gründungskanton der GLP wiegen aufgrund des schweizweiten Gewichts Zürich derart schwer, dass sie durch die teils positiven Resultate (vorerst) nicht wettgemacht werden können. Die EVP schliesslich hat seit den Wahlen 2015 tendenziell an Wählerstärke eingebüsst, kann ihr kantonales Niveau jedoch weitestgehend halten.

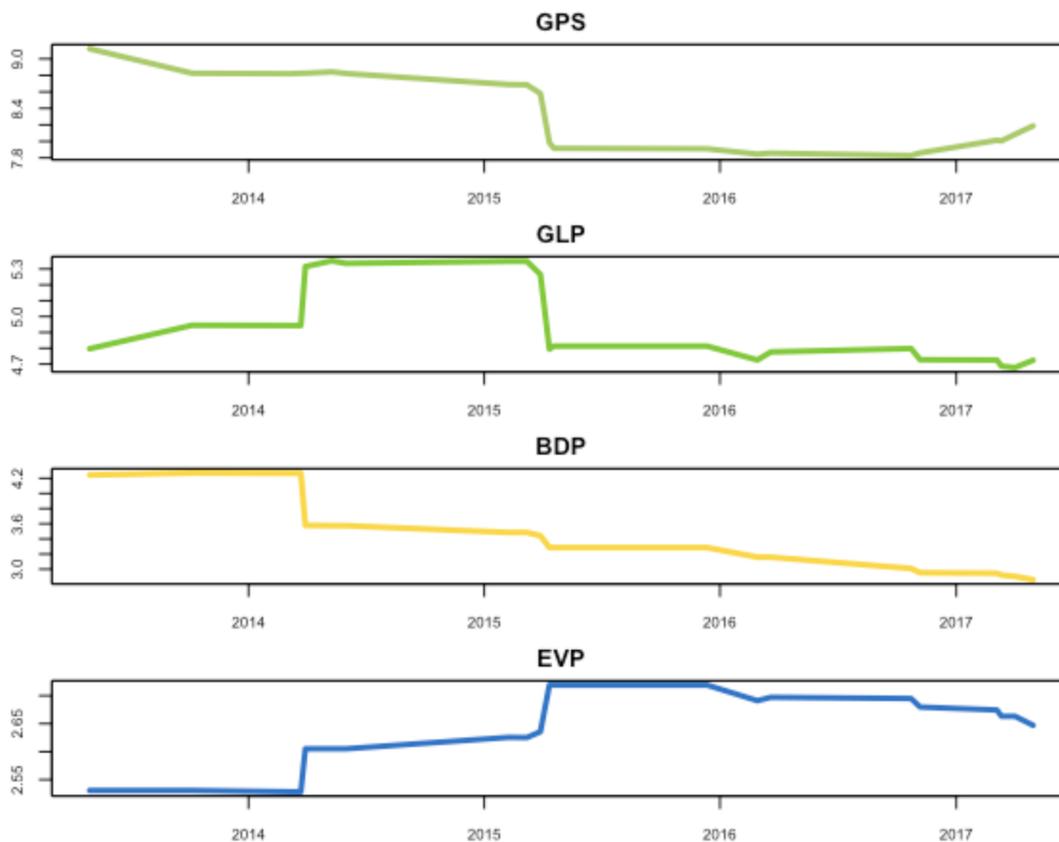


Abbildung 7: Auf der Basis von kantonalen Parlamentswahlen ermittelte nationale Parteistärken der Grünen, GLP, BDP und EVP gewichtet nach kantonomer Anzahl der Wahlberechtigten

Die aktuellen Wahlabsichten

Vorbemerkungen

In der aktuellen Welle wurde nach der *primären* Parteipräferenz gefragt, d.h. nach jener Partei, von welcher man die *meisten* Kandidaten wählen würde, fänden am nächsten Wochenende Parlamentswahlen statt. An den Wahlen haben die Wahlberechtigten in Kantonen mit mehr als einem Nationalratsstz jedoch die Möglichkeit, zu panaschieren. Davon wird auch rege Gebrauch gemacht. Diese Panaschierstimmen können sich – je nach Partei – positiv, aber auch negativ auf die Parteistärke auswirken. Indes, es ist zwei Jahre vor einer Wahl nicht möglich, das Panaschierverhalten exakt zu erheben, da die meisten Stimmenden kurz vor oder gar erst während der Wahl Panaschierentscheide fällen. Die ausgewiesenen Resultate stehen demnach für die *hauptsächliche* Parteiwahl oder anders ausgedrückt für die *Parteiliste*, die man am hypothetischen Wahlsonntag einlegen würde.

Die aktuellen Wahlabsichten und Veränderungen zu 2015

Die erste Erkenntnis der vorliegenden Erhebung lautet, dass die Wähleranteile aller Parteien seit 2015 erstaunlich stabil geblieben sind. Während sich bei Wahlen in den Nachbarländern (Frankreich, Österreich und Deutschland) massive Verschiebungen in den Wählerpräferenzen ergaben, ist die Schweiz ein Hort der Stabilität: Gewinne oder Verluste von mehr als einem Prozentpunkt gab es kaum. Das ist an sich nichts Aufsehenerregendes: Das Schweizer Parteiensystem zeichnet sich durch eine geradezu enorme Stabilität aus. Auch bei den letzten Wahlen 2015 gab es nur gerade eine Partei, deren Gewinn bzw. Verlust mehr als 1.5 Prozentpunkte betrug.

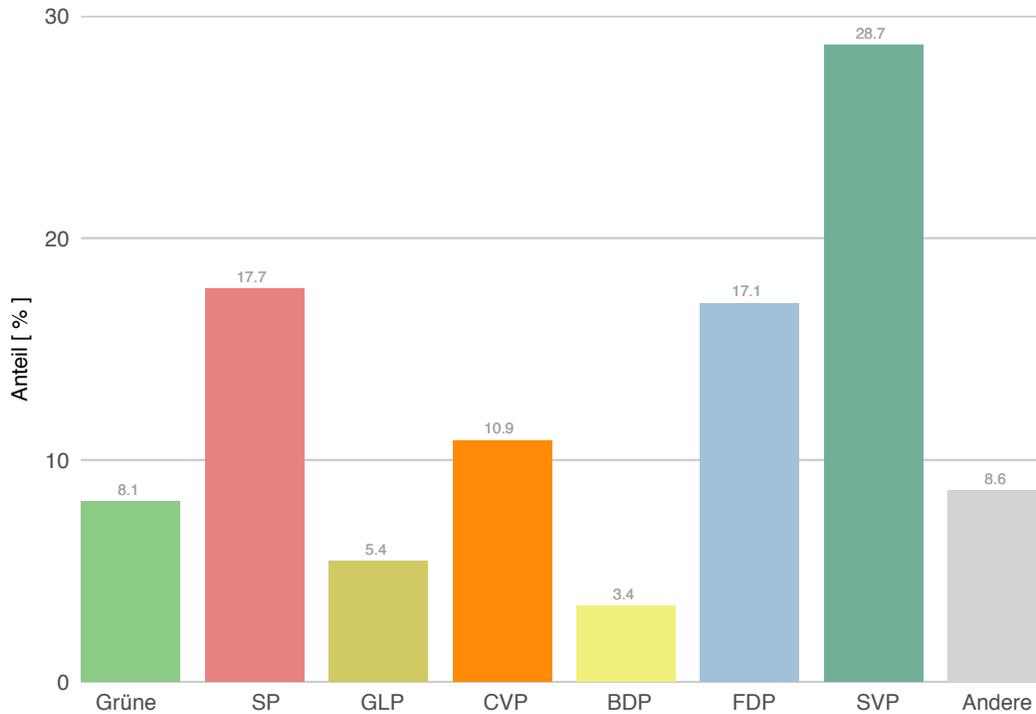


Abbildung 8: Aktuelle Wahlabsichten, Anteil in % am Total aller materiell Teilnehmere-willigen (n=11'606)

Gleichwohl gibt es Gewinner wie auch Verlierer, auch wenn diese Gewinne bzw. Verluste bescheiden ausfallen: Drei Parteien können im Vergleich zu ihrem Ergebnis von 2015 zulegen: Die Grünen, die GLP und die FDP. Bei der FDP setzt sich der aufsteigende Trend, der sich bereits vor den nationalen Wahlen abzeichnete, weiter fort. Sie kommt neu auf 17.1 Prozent. Die Grünen können den Trend, der sich vor allem in den kantonalen Wahlen in der Romandie zeigte, fortführen. Sie können ihre Stimmenverluste von 2015 beinahe wieder wettmachen und erzielen einen Wähleranteil von aktuell 8.1 Prozent. Die GLP kann ebenfalls zulegen (um +0.8 Prozentpunkte) und setzt sich damit vor allem von der BDP ab, die 2011 – als beide neuen Mitte-Parteien glänzende Erfolge feiern konnten – noch gleichauf mit der GLP lag. Die BDP wiederum gehört zu den aktuellen Verlierern. Sie fällt im Vergleich zu den nationalen Parlamentswahlen 2015 um -0.7 Prozentpunkte und liegt nun bei 3.4 Prozent. Die SVP bleibt zwar die klar wählerstärkste Partei, muss indessen ebenfalls einen Verlust von -0.7 Prozentpunkte hinnehmen. Gleiches gilt für die SP, die nach ihren grossen Erfolgen bei den Aargauer und Solothurner Wahlen Wählerstimmenverluste in der Romandie hinnehmen musste und auch im aktuellen SRG SSR Wahlbarometer verliert. Die CVP schliesslich hat den ersehnten Turnaround noch nicht geschafft und fällt aktuell auf 10.9 Prozent.

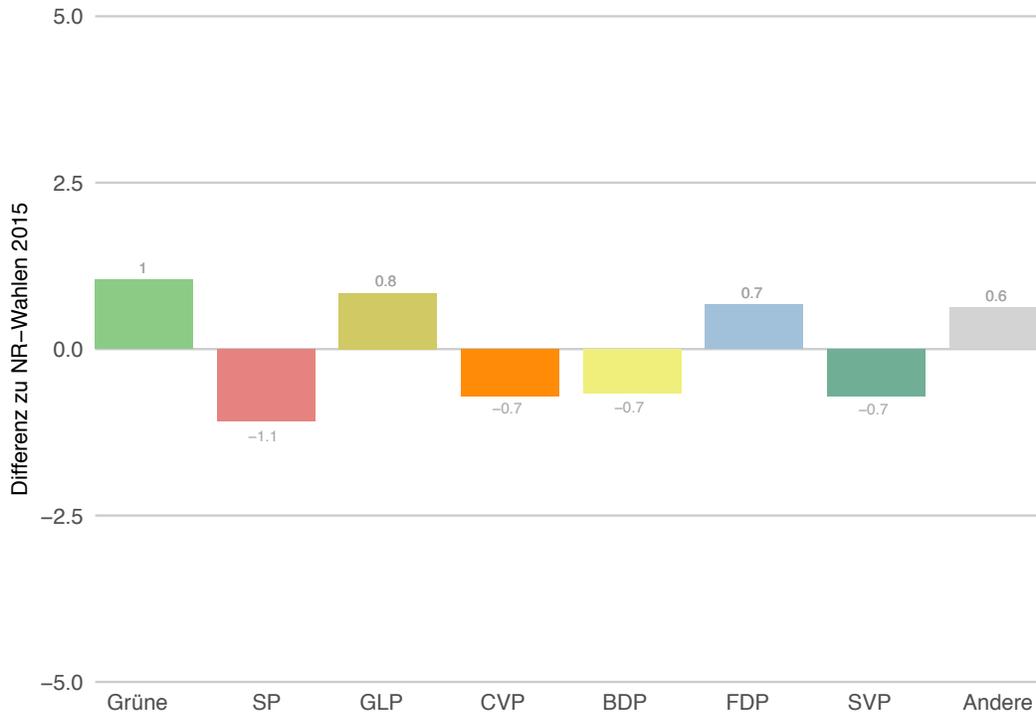


Abbildung 9: Differenz zum Ergebnis NR-Wahlen 2015 in Prozentpunkten (n=11'606)

Die Halbzeitbilanzen der Parteien sind offensichtlich keine Prognose der Wahlen 2019. Das liegt nicht nur am zeitlichen Abstand zu den kommenden Wahlen, in welchem sich noch vielerlei ereignen kann: Man denke beispielsweise zurück an die Flüchtlingskrise, die sich im Sommer 2015 anbahnte und im Herbst auf ihren Höhepunkt zusteuerte. Sie hat das Wahlergebnis sicherlich mitbeeinflusst und der SVP zumindest teilweise zu ihrem Wahlerfolg verholfen. Umgekehrt hatte etwa die GLP 2013 eine ausgezeichnete Halbzeitbilanz und sah wie eine der sicheren Siegerinnen der kommenden Wahl aus, um am Ende – vielleicht auch als Folge der GLP-Initiative, die vom Stimmvolk im März 2015 regelrecht abgeschmettert wurde – in eine Abwärtsspirale zu gelangen. Zum anderen ist zum jetzigen Zeitpunkt natürlich längst nicht klar, wer auch wirklich teilnehmen wird. Die in der Umfrage geäusserten Teilnahmeabsichten sind zumindest bei jenen, die sich nicht immer beteiligen, mit einer gewissen Vorsicht zu geniessen.

Weiter ist auch noch zu bedenken, dass am Wahltag selbst das Panaschieren ein Thema sein wird. Das spielt insbesondere im linken Lager eine bedeutsame Rolle. Zwischen den ideologisch teils nahestehenden Parteien wird eifrig panaschiert. Hinzu kommt, dass die SP am Ende des Wahlkampfes erfahrungsgemäss zulasten anderer linker Parteien nochmals zulegen kann.

Wechselgründe

Es gibt nur geringe Verschiebungen zwischen den Wähleranteilen der einzelnen Parteien. Aber es gibt sie. Diese Volatilität in den Parteipräferenzen hat ihre Ursache zum einen darin, dass vormalig Nicht-Teilnehmende (oder Nicht-Wahlberechtigte) mobilisiert werden (bzw. ehemals Teilnehmende der Urne neu fernbleiben), aber zum anderen auch darin, dass Wählende das Parteilager wechseln. Letzteres kommt auf individueller Ebene häufiger vor als aufgrund der in der Schweiz üblichen, geringen Anteilsverschiebungen zwischen den Wahlen zu erwarten wäre.⁷ Indes, ein Massenphänomen sind Parteiwechsel nicht. In der vorliegenden Stichprobe gaben 87 Prozent jener, die schon 2015 gewählt hatten,⁸ an, sie würden auch heute noch dieselbe Partei wählen wie bei den letzten Nationalratswahlen.⁹ Die überwiegende Mehrheit der Wählerschaft ist ihrer damaligen Parteiwahl demnach treu geblieben. Dementsprechend zufrieden ist das Elektorat auch mit seinem Entscheid von 2015. 37 Prozent gaben an, mit dem damaligen Entscheid nach wie vor «sehr zufrieden» zu sein und weitere 47 Prozent sind immerhin «eher zufrieden» mit ihrem Votum von 2015. Elf Prozent bedauern ihren damaligen Entscheid jedoch ein bisschen und vier Prozent würden ihn wohl am liebsten ungeschehen machen («sehr unzufrieden»). Wenig verwunderlich sind es auch diese beiden Merkmalsgruppen, die sich in der Zwischenzeit zu einem Wechsel der Parteifarben entschlossen haben: Drei Viertel der sehr Unzufriedenen und immerhin rund 40 Prozent der eher Unzufriedenen würden mittlerweile anders wählen als 2015. Bemerkenswert ist der letzte Wert aber auch aus einem anderen Grund: Es sind nur 40 Prozent der eher Unzufriedenen, die einen Parteiwechsel angaben. 60 Prozent bleiben ihrer Partei also treu, obwohl sie mit ihrem damaligen Votum offensichtlich nicht ganz zufrieden sind. Dafür mag es unterschiedliche Gründe geben: Vielleicht gibt es aus Sicht des Befragten keine «bessere» Parteiwahl, d.h., seine bevorzugte Partei ist aus seiner Sicht das «kleinste Übel». Oder aber die Bindung zur bevorzugten Partei ist derart stark, dass man ihr gewissermassen auch «in schlechten Zeiten» treu bleibt. Erfahrungsgemäss dürfte letzteres häufiger vorkommen als ersteres.

Woher kommen diese Wechselwähler¹⁰ und zu welchen Parteien wechseln sie? Zu den Brutto-Verlierern gehören vor allem die BDP und die CVP. 19 Prozent jener, die 2015

⁷Vgl. Lutz, Georg. Eidgenössische Wahlen 2015. Wahlteilnahme und Wahlentscheid. Lausanne: Selects – FORS, 2016: Seite 17.

⁸Diese 87 Prozent beziehen sich auf jene, die 2015 gewählt hatten und sich auch aktuell teilnahmemwillig zeigen.

⁹In der SELECTS-Erhebung von 2015 waren es 75 Prozent, die angaben, 2015 dieselbe Partei wie 2011 gewählt zu haben. Siehe: Lutz, Georg. Eidgenössische Wahlen 2015. Wahlteilnahme und Wahlentscheid. Lausanne: Selects – FORS, 2016: Seite 17.

¹⁰Die nachfolgenden Werte beziehen sich allesamt auf Wechselwähler. Unter Wechselwähler verstehen wir hier all diejenigen, die 2015 teilnahmen, heute aber eine andere Partei wählen würden. Mit dem Begriff Brutto-Gewinner (bzw. Verlierer) sind die Zu- bzw. Abwanderungszahlen gemeint. Die Nettogewinne bzw. -verluste entsprechen der Bilanz von Brutto-Gewinnen und -verlusten.

noch eine BDP-Liste in die Urnen legten, wollen zwischenzeitlich eine andere Partei wählen. Bei der CVP beträgt dieser Anteil 15 Prozent. Die treuesten Wählerschaften unter den neun wählerstärksten Parteien weisen EVP und EDU auf: 98 bzw. 95 Prozent von ihnen sehen keinen Grund für einen Parteiwechsel. Die beiden Parteien erhalten jedoch auch nur sehr geringen Zulauf. Entsprechend stabil bleiben ihre Wähleranteile.

Die anteilmässig stärksten Brutto-Zugewinne verbuchen die Grünen und die GLP: Je 21 Prozent ihrer aktuellen Wählerschaften hatten 2015 noch anders gewählt. Bei der FDP beträgt dieser Anteil 15 Prozent. Noch höher ist der Anteil unter den kleineren Parteien, namentlich unter den Linksaussenparteien. Sie erhalten vor allem Zulauf von enttäuschten SP-Wählern. Selbiges gilt auch für die Zugewinne der Grünen: Sie gehen primär auf Kosten der SP. Mit anderen Worten: Linkswähler wechseln zwar die Parteifarben, verbleiben aber in aller Regel im selben ideologischen Block. Aus Erfahrung sind hierzu allerdings einige Bemerkungen notwendig: Zum einen dürfte es sich bei einigen dieser Parteiwechseln innerhalb des linken Spektrums lediglich um «halbe» Parteiwechsel handeln. Denn oftmals wird zwischen den Listen linker Parteien panaschiert. Mit anderen Worten: Möglicherweise hat bloss die Netto-Panaschierbilanz zwischen den linken Parteien gewechselt. Zum anderen legt die SP kurz vor Wahlen erfahrungsgemäss meist noch zu, weil SP-Wähler, die mit einem Wechsel zu einer der kleineren Linksparteien liebäugeln, am Ende des Wahlkampfes oftmals doch zur «Mutterpartei» zurückkehren. Die GLP wiederum erhält derzeit vor allem Zulauf von der FDP und SP, während die FDP aktuell von enttäuschten SVP-Wählern profitiert.

Weiter konnten die Wechselwählenden angeben, warum sie sich in der Zwischenzeit umentschieden haben.¹¹ 29 Prozent gaben an, dass sich die politische Problemlage geändert habe und die neue Partei bessere Antworten darauf hätte als die 2015 präferierte Partei.¹² Weitere 29 Prozent waren der Ansicht, ihre alte Partei hätte sich ihnen gegenüber entfremdet («vertritt nicht mehr meine Einstellungen»). 18 Prozent beobachteten hingegen eine Annäherung der neu präferierten Partei an die eigenen Wertehaltungen. Nur jeder zehnte Wechselwähler bekannte hingegen, dass sich *seine eigenen* Einstellungen geändert haben und der Parteiwechsel deshalb nötig war.

¹¹Der Wortlaut der Frage lautet: «Sie haben angegeben, derzeit eine andere Partei wählen zu wollen als diejenige, die Sie 2015 hauptsächlich gewählt haben. Welches ist der Hauptgrund für diesen Parteiwechsel?»

¹²Die Auswahl an Antworten auf die Frage, warum man mittlerweile eine neue Partei präferiere, lehnt sich an räumliche Modelle der Parteienbewertung, im Speziellen am klassischen Distanzmodell (siehe dazu: Merrill und Grofman 1999), an. Das klassische Distanzmodell geht davon aus, dass der Wähler sich und die zur Auswahl stehenden Parteien auf einer Achse (etwa die Links-Rechts-Achse) oder in einem zweidimensionalen Raum lokalisiert und sich anschliessend für jene Partei entscheidet, die ihm am nächsten steht. Die Distanz zu den Parteien wiederum kann sich ändern, wenn der Wähler a) seine Einstellungen ändert, b) die Parteien ihre Programme ändern oder c) eine andere Dimension an Bedeutung gewinnt.

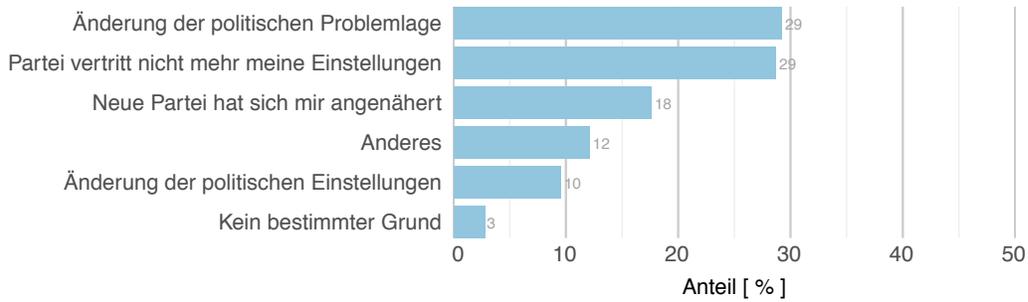


Abbildung 10: Gründe für den Parteiwechsel in % aller Wechselwähler (n =1'368)

Zwischen den Parteien unterscheiden sich die Wechselgründe nicht fundamental: Ehemalige SP-Wähler, die nun grün oder linksausen wählen wollen, geben überdurchschnittlich oft an, die Problemlage habe sich in der Zwischenzeit geändert. Welche Problemlage damit gemeint ist, geht aus den Antworten indessen nicht hervor.

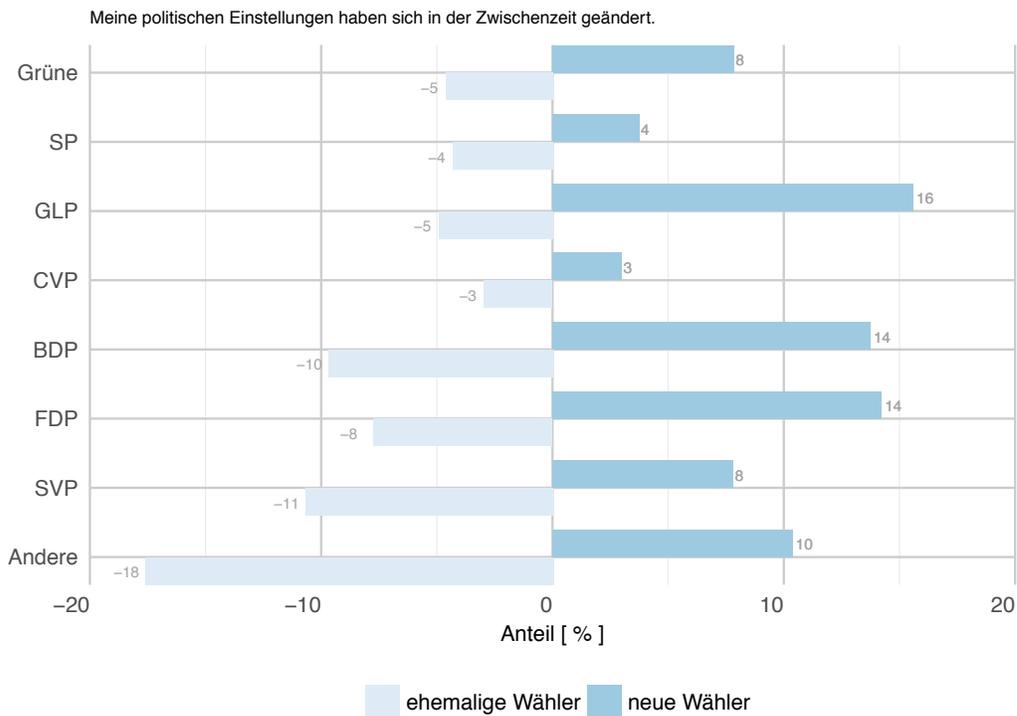


Abbildung 11: Änderung der eigenen politischen Einstellungen in % der jeweiligen Wechselwählerschaften (n variiert nach Partei)

Die Zugewinne der GLP und FDP hingegen resultieren aus einem bunten Strauss aus Wechselgründen. Immerhin wird überdurchschnittlich häufig angegeben, diese beiden Partei hätten sich der eigenen Position angenähert. Bei der FDP betrifft dies vornehmlich ehemalige SVP-Wähler und bei der GLP sind es wiederum FDP-Wähler, die sich vom neuen Kurs der GLP offensichtlich angezogen fühlen.¹³

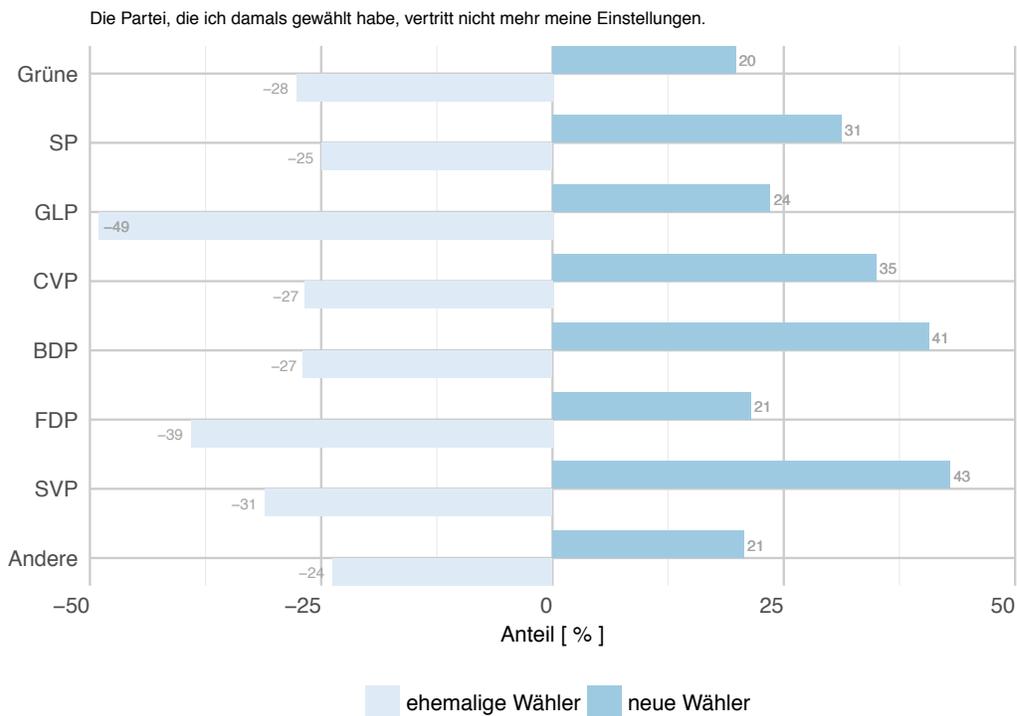


Abbildung 12: Partei vertritt nicht mehr meine Einstellungen in % der jeweiligen Wechselwählerschaften (n variiert nach Partei)

Die neue Parteilinie der CVP, von Gerhard Pfister kürzlich als «bürgerlich-sozial» beschrieben, wird im Übrigen noch häufiger als Wechselgrund (hin zur CVP) angegeben als bei GLP und FDP. Mit anderen Worten: Wer neu zur CVP wechselt, tut dies überdurchschnittlich oft wegen dem Kurswechsel unter der Ägide von Gerhard Pfister. Zwar, und dies mag zunächst etwas paradox klingen, verliert die CVP insgesamt mehr Wähler als sie dazu gewinnt. Aber das liegt nicht so sehr an der neuen Parteilinie (bzw.

¹³Es sei nochmals darauf hingewiesen, dass es sich dabei immer um die subjektive Wahrnehmung der Befragten handelt. Aber genau diese – und nicht etwa die «objektive» Faktenlage, sofern eine solche überhaupt existiert – ist es, welche auch das individuelle Wahlverhalten steuert.

neuen Parteiführung),¹⁴ sondern eher an tiefer liegenden, strukturellen Gründen (z.B. «neue Problemlage»).

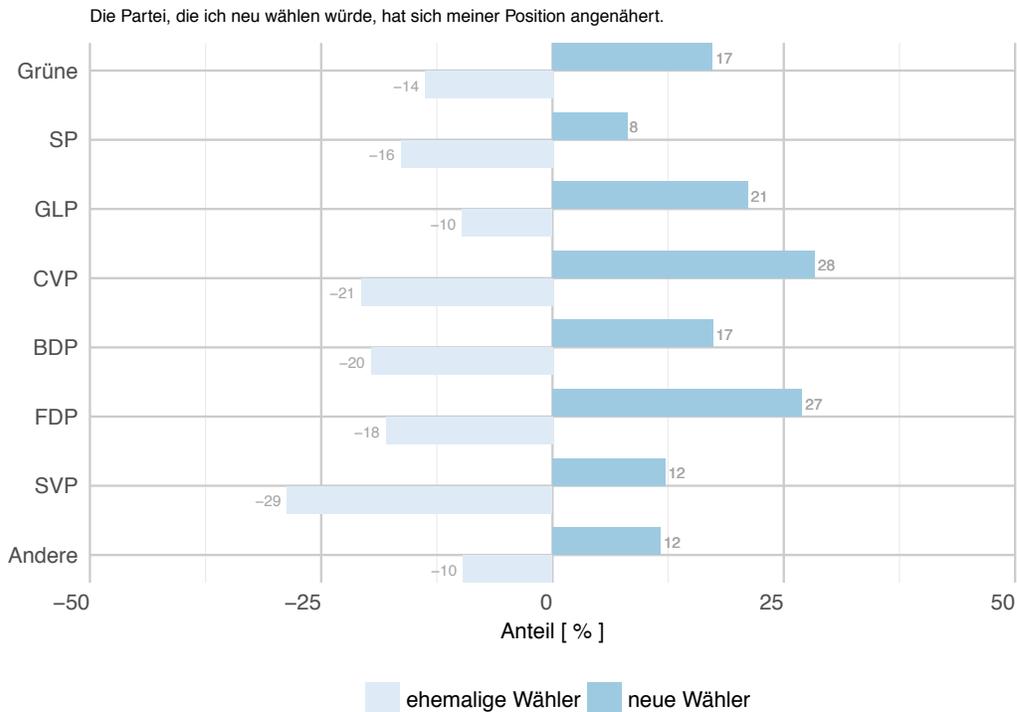


Abbildung 13: Neue Partei hat sich angenähert in % der jeweiligen Wechselwählerschaften (n variiert nach Partei)

Die GLP hat seit Kurzem einen neuen Präsidenten und auch dieser Wechsel wurde in den Medien – zumindest vereinzelt - als Kurswechsel beschrieben. Immerhin hatte Martin Bäumle die Partei seit ihrer Gründung präsidiert. Seit Mai dieses Jahres steht der Partei nun Jürg Grossen vor. Lockt dieser Wechsel im Präsidium – und der (allenfalls) damit einhergehende Kurswechsel – neue Wähler an? Wie oben schon gezeigt wurde, gewinnt die GLP tatsächlich vergleichsweise viele neue Wähler hinzu, die eine Annäherung der Partei an ihre Position beschreiben. Allerdings gibt gleichzeitig auch rund die Hälfte der wechselwilligen, ehemaligen GLP-Wähler an, dies getan zu haben, weil sie sich von ihrer Ex-Partei nicht mehr vertreten fühlt.

¹⁴Die CVP verliert im Vergleich zu anderen Parteien anteilmässig wenige Wähler wegen ihres sozialkonservativen Kurses (siehe Abbildung 12).

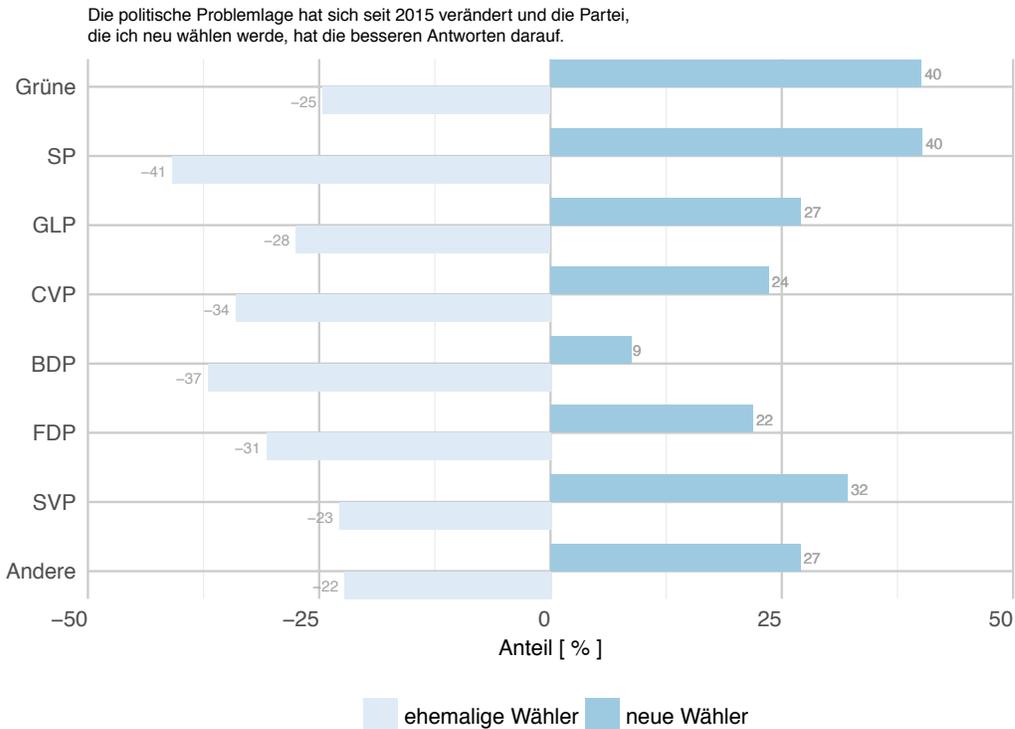


Abbildung 14: Politische Problemlage hat sich geändert in % der jeweiligen Wechselwählerschaften (n variiert nach Partei)

Soziologisches Profil der Wählerschaften

Die Bestimmungsgründe des Wahlverhaltens zu erforschen, ist eine der Hauptaufgaben der Wahlforschung. Der Wahlentscheid wird dabei von verschiedensten Faktoren beeinflusst. Zu diesen Faktoren gehören beispielsweise die individuellen Einstellungen des Wählers, seine subjektiven Sachfragenorientierungen, Elemente des Meinungsbildungsprozesses wie etwa die Informationsgewinnung, aber auch überindividuelle Faktoren wie die Propagandastruktur des Wahlkampfes oder die aktuelle Wirtschaftslage. Zuletzt sind zu den Wahldeterminanten aber auch soziodemographische Merkmale zu zählen. Sie sind psychologisch und zeitlich gesprochen zwar weiter weg vom eigentlichen Wahlakt als etwa die zuvor erwähnten Einstellungsvariablen. Aber nichtsdestotrotz üben sie Einfluss aus auf die Parteipräferenz – wenn auch eher indirekt als direkt. Der nachfolgende Abschnitt beschäftigt sich mit dem Einfluss dieser soziostrukturellen Merkmale auf die Wahlabsicht.

Alter und Parteipräferenz

Unter den jüngsten Wahlberechtigten sind vor allem die Grünen, GLP und Linksaussen-Parteien wie die PdA, solidaritéS und AL (subsumiert unter «Andere») beliebt. Die Grünen erzielen einen Wähleranteil von 12 Prozent unter den 18-29-Jährigen, was beinahe dem Eineinhalbfachen ihres Wähleranteils unter allen Teilnehmewilligen entspricht. Auch die GLP schneidet bei den Jungen klar besser ab als unter den älteren Wählenden. Diese Zugewinne gehen vor allem auf Kosten der SVP, die in dieser Altersgruppe auf einen Wähleranteil von lediglich 21 Prozent kommt. Stattdessen schneidet die SVP bei den über 40-Jährigen überdurchschnittlich stark ab. Etwa jeder dritte Wählende über 40 Jahre gab an, die SVP wählen zu wollen. In der Altersgruppe der über 70-Jährigen ist zudem die FDP stark vertreten. 21 Prozent beträgt ihr Wähleranteil in dieser Gruppe. Die Prädominanz der beiden Wahlsieger von 2015 bei den älteren Wählenden kommt ihnen doppelt zugute: Denn ältere Wahlberechtigte beteiligen sich auch regelmässiger und häufiger als jüngere Wahlberechtigte.¹⁵

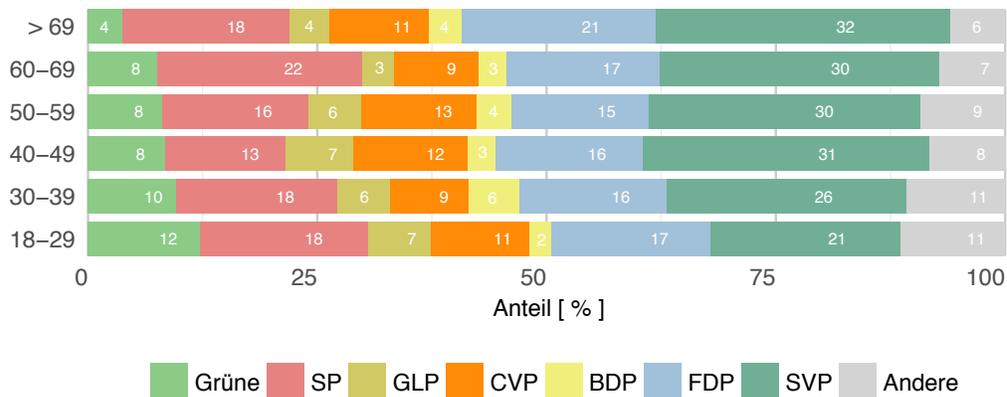


Abbildung 15: Wähleranteile der sieben wählerstärksten Parteien nach Altersklassen (n=11'606)

¹⁵Wir haben lediglich die Parteipräferenzen der Teilnehmewilligen ausgewiesen. Wir wissen demnach strenggenommen gar nicht, wie nicht-teilnehmewillige Jugendliche wählen würden, sollten sie sich dafür entscheiden, teilzunehmen. Unter Umständen neigen politisch abstinenten Jugendliche nicht zu Links-, sondern eher zu Rechtsparteien. Träfe dies zu, würden nicht Grüne, GLP und Linksaussen-Parteien von einer höheren Wahlbeteiligung der Jugendlichen profitieren, sondern die SVP und die FDP.

Geschlecht und Parteipräferenz

Der vorliegende Befund bestätigt hinlänglich bekannte Ergebnisse der Schweizer Wahlforschung:¹⁶ Frauen wählen eher links (SP und Grüne), Männer eher rechts (SVP und FDP). Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind aber beileibe nicht so gross, als dass man beispielsweise bei der SVP von einer «Männerpartei» sprechen könnte. Sie ist für männliche Wähler zwar offenbar attraktiver, aber sie ist auch unter den weiblichen Wählenden die insgesamt wählerstärkste Partei.

Hinzu kommt, dass sich Frauen in der Tendenz weniger stark beteiligen als Männer. Ebenso wie bei den älteren Wählenden haben SVP und FDP somit auch hier einen strukturellen Mobilisierungsvorteil: Sie geniessen bei den Männern höhere Unterstützungswerte. Männer wiederum nehmen eher teil an Wahlen als Frauen.

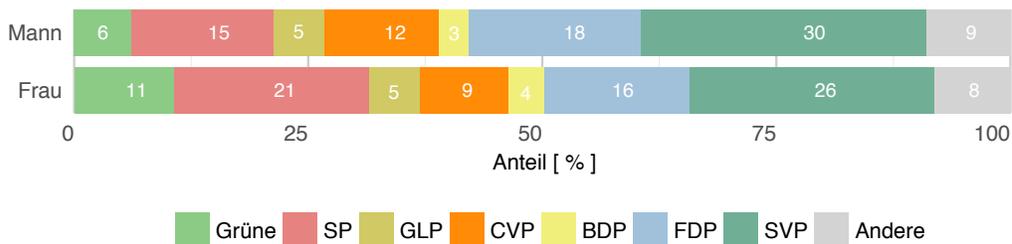


Abbildung 16: Wähleranteile der sieben wählerstärksten Parteien nach Geschlecht (n=11'606)

Bildungsniveau und Parteipräferenz

Auch die Aufschlüsselung der Wahlabsichten nach Bildungsniveau bringt keine grundsätzlich neuen Erkenntnisse hervor, sondern bestätigt, was wir aus der Wahlforschung schon länger wissen: Die eigentliche «Büezerpartei» ist mittlerweile die SVP: Unter den Wählenden mit Berufsschulabschluss erzielt sie hohe 39 Prozent an Wählerstimmen. Hingegen ist sie unter den Universtitätsabgängern und –abgängerinnen nur die Nummer drei (14% Wähleranteil). In dieser Gruppe schwingen stattdessen die SP und die FDP oben aus: Etwa je ein Fünftel der Hochgebildeten gab an, eine der beiden Parteien wählen zu wollen. Unter den Hochgebildeten ebenfalls überdurchschnittlich stark vertreten sind die Grünen und die GLP. Die GLP im Speziellen schneidet umso

¹⁶Die SELECTS-Auswertung im Nachgang zu den Nationalratswahlen 2015 zeigte beispielsweise einen Geschlechterunterschied von rund 6 Prozentpunkten bei der SVP. In der vorliegenden Auswertung beträgt er vier Prozentpunkte.

stärker ab, je höher der Bildungsgrad. Sie ist die Partei der urbanen, hochgebildeten Wählerschaft.

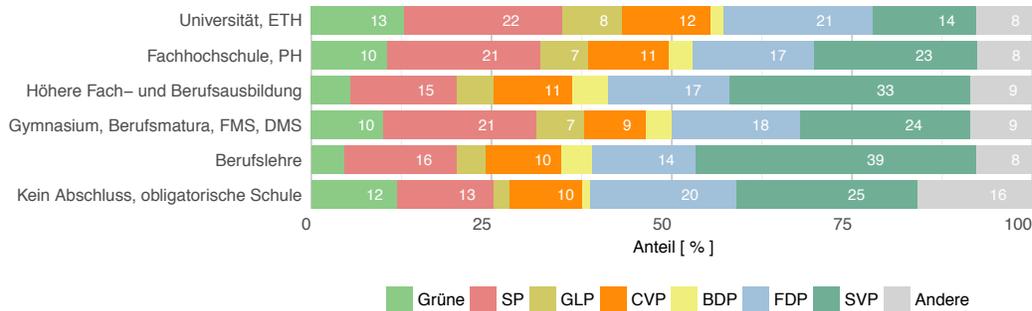


Abbildung 17: Wähleranteile der sieben wählerstärksten Parteien nach Bildungsniveau (n=11'606)

Einkommen und Parteipräferenz

Vergleicht man die Wähleranteile nach Äquivalenzeinkommen¹⁷ präsentiert sich ein ähnliches, wenn auch nicht identisches Bild wie zuvor bei der Bildung. Die SVP ist in der tiefsten Einkommensklasse die dominante politische Kraft mit rund 32 Prozent Wähleranteil. Diese Dominanz ist noch etwas ausgeprägter, wenn man bedenkt, dass nur gerade sechs Prozent der SVP-Wähler aus dieser Einkommensklasse noch in Ausbildung sind. Diese Anteile betragen beispielsweise bei der FDP und den Grünen 18%, bei der SP 16% und bei der GLP gar 21%. Bei diesen in Ausbildung stehenden Wählern mit tiefem Äquivalenzeinkommen dürfte es sich vielfach um Studierende handeln, die – im Gegensatz zu einem Angestellten oder einer Angestellten – ein überdurchschnittliches «prospektives» (d.h. in Aussicht stehendes) Einkommen aufweisen. Unter den einkommensschwachen Wählenden schneiden jedoch auch die SP und die Grünen gut ab. Vermögende hingegen wählen FDP (28%) und SVP (28%) und – gemessen an ihrem schweizweiten Anteil – auch die GLP (8%).

¹⁷Das Äquivalenzeinkommen wurde nach der gängigen OECD-Gewichtung ermittelt. Die in der Abbildung ausgewiesenen Einkommen sind Einkommen dividiert durch die Quadratwurzel der Haushaltgröße.

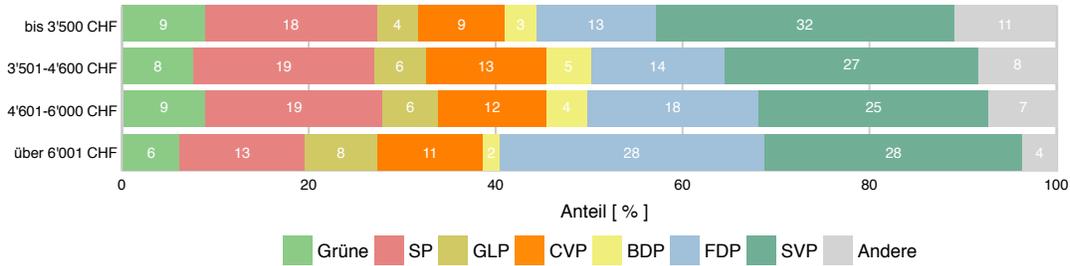


Abbildung 18: Wähleranteile der sieben wählerstärksten Parteien nach Äquivalenzeinkommensquartile (n=11'606)

Konfession und Parteipräferenz

Die CVP ist unter den katholischen Wählenden nach wie vor stark vertreten. Ein Viertel von ihnen würden CVP wählen. Allerdings ist die CVP nicht die stärkste Partei unter den katholischen Wählern. Die SVP erzielt gar einen Wähleranteil von 28% unter den Katholiken. Unter den konfessionslosen Wählern und Wählerinnen sind hingegen SP und Grüne überdurchschnittlich stark vertreten.

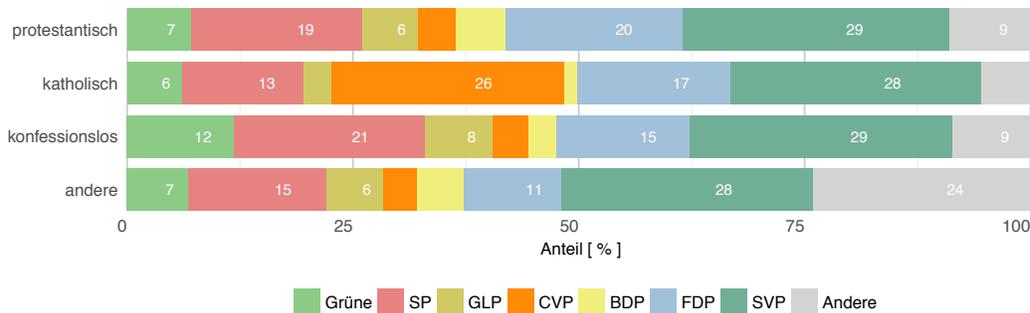


Abbildung 19: Wähleranteile der sieben wählerstärksten Parteien nach Konfessionszugehörigkeit (n=11'606)

Ideologisches Profil der Wählerschaften

Links/Rechts-Einstufung und Parteipräferenz

Die Links-Rechts-Dimension ist eine gängige Skala der ideologischen Selbst- und Fremdeinstufung. Eine überwiegende Mehrheit der Schweizer Stimmberechtigten ist mit den Termini «links», «Mitte» und «rechts» vertraut und vermag sich auch auf der

entsprechenden Skala zu verorten. Schlüsselte man die Wahlabsicht nach der Links-Rechts-Positionierung auf, so ist deutlich zu erkennen, dass sich in der Mitte des politischen Spektrums, dort, wo sich zumindest ein erheblicher Teil des Elektorats situiert, gleich mehrere (grössere) Parteien um Wählerstimmen ringen. Es ist der Mitte-Kuchen, von welchem Christophe Darbellay (CVP) nach den Wahlen 2011 sprach, der auf mehrere Parteien aufgeteilt wird. Dazu gehören im Übrigen nicht nur jene Parteien, die üblicherweise zur politischen Mitte gezählt werden, sondern auch die SP und die Grünen, die auch bei Mitte-Wählern zu punkten vermögen.

Links der Mitte konkurrieren Grüne und SP sowie kleinere Linksparteien um Stimmen. Die Konkurrenz dieser kleineren Linksparteien ist für Grüne und SP – insbesondere am äusseren linken Rand – nicht unbedeutend. Die abgelehnte Rentenreform – abgelehnt u.a. mit den Stimmen von kleineren Linksparteien aus der Romandie – ist ein aktuelles Beispiel für die nicht zu unterschätzende Stimmkraft dieser Linksparteien. Rechtsausen dominiert die SVP, während im gemässigt-rechten Lager die FDP die tonangebende Partei ist.

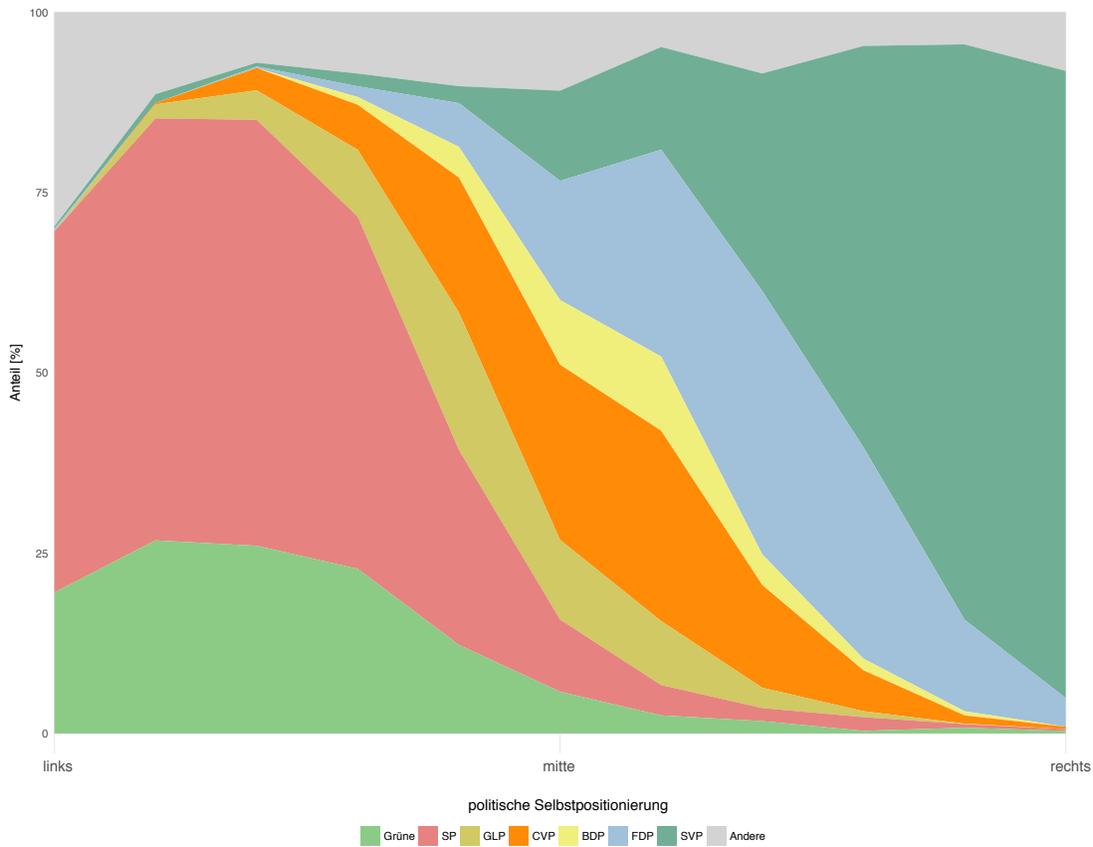


Abbildung 20: Links-Rechts-Einstufung und Parteipräferenz der Teilnehmewilligen (n=11'601)

Politische Werthaltungen und Parteipräferenz

Rechts und Links sind indessen generelle Positionen, die zum Teil ganz unterschiedliche Werthaltungen umfassen. Welche Werthaltungen sind aber für die aktuelle Wahlabsicht entscheidend?

Um diese Frage zu beantworten, haben wir für die sechs wählerstärksten Parteien logistische Regressionsmodelle geschätzt,¹⁸ welche die relative Prägekraft der unterschiedlichen Werthaltungen ausweisen.

Die nachfolgende Abbildung (Abb. 21) zeigt die Effektstärken (gemessen in Odds Ratios)¹⁹ der verschiedenen Sachfragenorientierungen auf den Wahlentscheid. Odds Ratios von Eins (markiert durch eine rote Linie) weisen darauf hin, dass diese Sachfragenorientierung keinen Einfluss auf die Parteipräferenz hatte. Odds Ratios höher als Eins zeigen hingegen an, dass sich die in der Abbildung angegebene Position positiv auf die Parteiwahl auswirkte. Odds Ratios geringer als Eins zeigen schliesslich an, dass sich die angegebene Position negativ auf die Wahlabsicht auswirkte. Die Skalierung aller Sachfragenorientierungen wurde jeweils in eine Rechts-Links-Ordnung gebracht, so dass Effektstärken grösser als Eins eine positive Prägung durch «linke» Positionen darstellen, während Effekte geringer als Eins auf eine Prägung durch «rechte» Haltungen hinweisen.

¹⁸Dadurch, dass man separate logistische Regressionsmodelle für jede Parteipräferenz schätzt, filtert man gewissermassen die Alleinstellungsmerkmale der jeweiligen Partei heraus. Allerdings entspricht das geschätzte Modell nicht zwingend dem Meinungsbildungsprozess im Vorfeld einer Wahl. In der Realität dürfte der Wahlentscheid nämlich ein zwei- oder gar mehrstufiger Prozess sein (vgl. dazu *choice set models*): Zuerst grenzt man die Palette der sich zur Wahl stellenden Parteien auf eine engere Auswahl von grundsätzlich in Frage kommenden Parteien ein. Dies deshalb, weil gewisse Parteien für bestimmte Wähler gar nicht erst in Frage kommen, während man anderen Parteien zumindest eine Chance zu geben bereit ist. Erst in einem zweiten Schritt wählt man eine der Parteien aus der engeren Auswahl aus (bzw. – auch das ist bei Schweizer Wahlen möglich – man panaschiert zwischen Listen). Linke Wähler beispielsweise werden ihr *choice set* in einem ersten Schritt auf linke Parteien beschränken und sich erst in einem zweiten Schritt zwischen SP, Grüne und anderen Linksparteien festlegen. Die Wahlmotive auf der ersten Stufe sind aber oftmals nicht dieselben wie auf der zweiten Stufe. Die Schätzmodelle nehmen indessen keine Differenzierung zwischen diesen beiden Stufen vor und sind deshalb «unterkomplex».

¹⁹Odds - auf Deutsch zuweilen mit Gewinnchancen übersetzt - geben das Verhältnis zwischen der Häufigkeit des Eintretens eines bestimmten Ereignisses (zum Beispiel: die Teilnahme an den Wahlen oder die Wahl einer bestimmten Partei) und der Häufigkeit des Nicht-Eintretens dieses Ereignisses. Die Odds Ratio zwischen Merkmalsgruppen wiederum gibt das Verhältnis zwischen den Odds einer Gruppe (beispielsweise Männer) und den Odds einer anderen Vergleichsgruppe (beispielsweise Frauen) an.

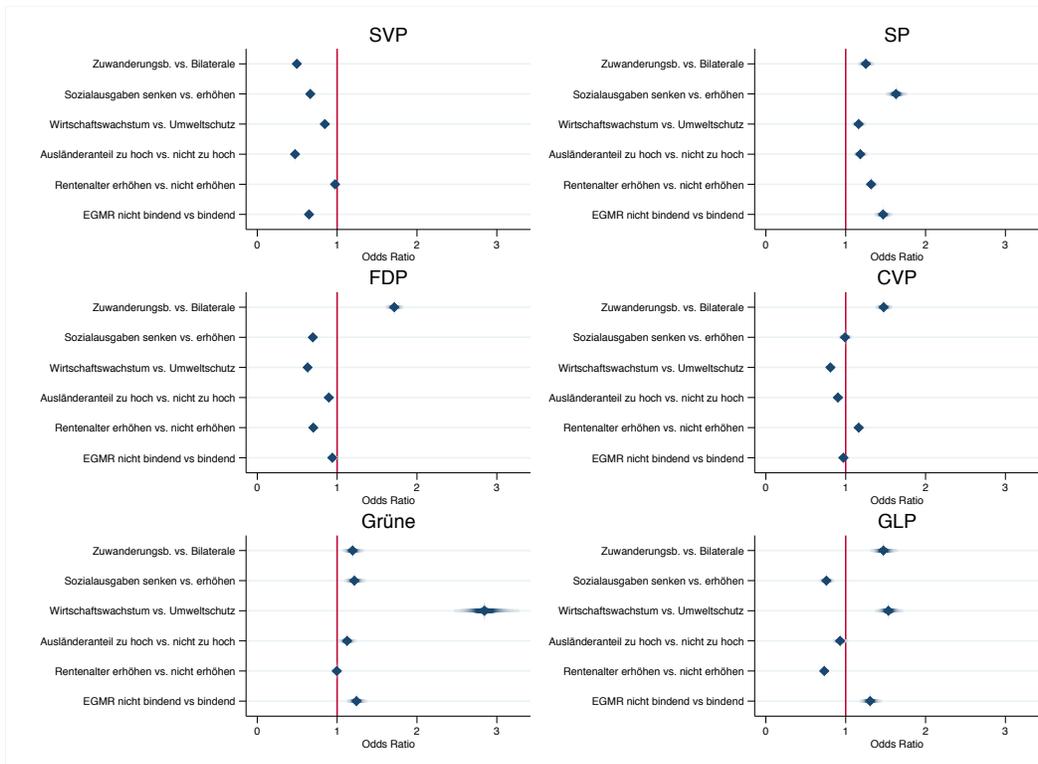


Abbildung 21: Determinanten der Parteipräferenz, Effektstärken der Sachfragenorientierungen in Odds Ratios

Als Lesebeispiel dazu diene die Einstellung zur Beibehaltung der Bilateralen: Die ihr zugrundeliegende Frage lautete: «Wenn sich die Schweiz zwischen der Zuwanderungsbeschränkung und dem Beibehalt der bilateralen Verträge entscheiden müsste, was würden Sie wählen?» Wie wirkte sich nun diese Sachfragenorientierung auf die Wahlabsicht zugunsten der SVP aus? Das Festhalten an den Bilateralen wirkte sich – wenig überraschend – stark negativ auf den SVP-Entscheid aus. Im Umkehrschluss heisst das: Wer trotz Risiko eines Bruchs mit den Bilateralen auf die Zuwanderungsbeschränkung pocht, wählt mit hoher Wahrscheinlichkeit SVP.

Generell sind für den SVP-Wahlentscheid Fragen der kollektiven oder kulturellen Identität von Bedeutung. Die Chancen eines SVP-Wahlentscheids vervielfachen sich beispielsweise für Wähler und Wählerinnen, die der Ansicht sind, es gäbe zu viele Ausländer in der Schweiz. Weitere treibende Faktoren einer SVP-Wahl sind die Zuwanderungsbeschränkung und die Skepsis gegenüber EGMR-Entscheidungen. Die Rentenerhöhung ist hingegen ein Thema, welches die SVP-Wählerschaft spaltet.

Die SP-Wählerschaft bildet gewissermassen die Gegenfolie zur SVP-Anhängerschaft: Beibehaltung der Bilateralen, bindender Charakter von EGMR-Urteilen für die Schweiz

und vor allem eine Erhöhung der Sozialausgaben sind der Kitt, den die SP-Wählerschaft zusammenhält. Eine Rentenaltererhöhung auf 67 Jahre findet hingegen keine Mehrheit in der SP.

Die FDP-Wählerschaft zeichnet sich primär durch ein klares Bekenntnis zu den Bilateralen, eine generell wirtschaftsfreundliche Position und der Zustimmung zu einer Rentenaltererhöhung aus. Letztere findet eine klare Mehrheit unter den FDP-Wählenden. Damit steht die FDP jedoch ziemlich alleine da: Denn ausser der GLP heisst keine weitere Parteianhängerschaft eine Erhöhung des Pensionsalters mehrheitlich gut.

Die CVP-Wählerschaft wiederum liebt nicht die Extreme, sondern situiert sich oftmals in der Mitte. Eine starke, relative Mehrheit der CVP-Wählerschaft (45%) will beispielsweise die Sozialausgaben weder erhöhen noch verringern, sondern optiert zugunsten des Status Quo. Als das oftmals entscheidende Zünglein an der Waage im parlamentarischen Entscheidprozess war die CVP in vielen Fällen wohl auch eine Gestalterin ebendieses Status Quo. Insofern mag es nicht zu verwundern, dass sie nun auch für diese, aus ihrer Sicht «goldene» Mitte einsteht. In einem Punkt allerdings sind die Meinungen der CVP-Wählerschaft ziemlich einseitig verteilt: An den Bilateralen soll nötigenfalls festgehalten werden. Fast drei Viertel der CVP-Wählerschaft sind dieser Ansicht.

Das Alleinstellungsmerkmal der Grünen ist zugleich ihr Kernthema: Der Umweltschutz. Wer dem Umweltschutz Vorrang vor dem Wirtschaftswachstum einräumt, hat – statistisch gesprochen – eine drei Mal so hohe Wahrscheinlichkeit, seine Stimme den Grünen zu geben als einer anderen Partei. Es ist insbesondere dieses starke Umweltbewusstsein, das den typischen Grünen-Wähler vom SP-Wähler unterscheidet.

Charakteristisch für die GLP-Wählerschaft wiederum ist – ähnlich wie bei den Grünen – ein ausgeprägtes Umweltbewusstsein, sodann aber auch eine kosmopolitische Haltung (Festhalten an den Bilateralen, Anerkennung eines bindenden Charakters von EMGR-Entscheiden). Das Rentenalter 67 hat zudem gute Chancen bei der GLP-Wählerschaften.

Parteienimages und Beliebtheit der Parteipräsidenten

Vorbemerkungen

Parteienimages sind Vorstellungsbilder, die sich die Wähler von den Parteien machen (Ohr et al. 2015). Vorstellungsbilder müssen – objektiv betrachtet – nicht zwingend zutreffend sein, zumal dies gerade für Imageattribute empirisch wohl kaum überprüfbar ist. Parteienimages sind vielmehr etwas, was in der englischsprachigen Kognitionspsychologie als «belief» bezeichnet wird. Solche «beliefs» (oder «Überzeugungen») weichen unter Umständen von der Realität ab, aber sie prägen – unabhängig von ihrem Wahr-

heitsgehalt – nachweislich die individuellen politischen Präferenzen. Die Prägungskraft von Parteienimages ist dabei gewiss nicht so stark wie etwa die Parteiidentifikation oder spezifische Sachfragenorientierungen. Insofern gehören Parteienimages nicht zu den stabilen, fundamentalen Entscheidungsfaktoren einer Wahl, sondern sind vielmehr eher kurzfristig wirkende Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung. Vernachlässigbare Elemente der Entscheidungsfindung sind sie jedoch nicht. Etwa dann nicht, wenn es darum geht, zwischen zwei ideologisch ähnlich positionierten Parteien, von denen beide vom Wählenden als grundsätzlich wählbar betrachtet werden, auszuwählen. In solchen Fällen mögen die Parteienimages am Ende den Ausschlag geben.

Parteienimages waren zu den Blütezeiten der sozialen Milieus gleichbedeutend mit Klassenimages (Johns 2013): Die Parteien (und somit auch ihre Charakteristika) wurden mit ihren sozialen Bezugsgruppen gleichgesetzt. Die Sozialdemokratische Partei war demnach die Partei der Arbeiterschaft, die Christdemokraten (bzw. ihre Vorläufer: die Katholisch-Konservativen) die Partei des politischen Katholizismus, etc.. Mit der tiefgreifenden gesellschaftlichen Transformation ging indessen auch ein Wandel des Parteiensystems einher. Die ursprünglich sinnstiftende Bindung zu gesellschaftlichen Grossgruppen ist mittlerweile weitestgehend verloren gegangen, was sich beispielsweise darin äussert, dass sich Christdemokratische Parteien in ganz Europa oftmals konfessionell neutral geben. Der Verlust dieser exklusiven Bindung zu einer Bezugsgruppe hat auch das Image dieser Parteien geändert. Dieses Image wiederum dürfte für den Wahlentscheid in den letzten Jahren an Bedeutung zugenommen haben. Denn stabile Prädispositionen des Wahlentscheids wie etwa die tradierte Parteiidentifikation (o. a.) haben in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung eher abgenommen.²⁰ Deshalb interessiert die Wahrnehmung der Parteienimages im Schweizer Elektorat umso mehr.

Parteienimages

Zu diesem Zweck wurden die Befragten gebeten, sechs parteibezogene Aussagen²¹ für die sieben wählerstärksten Parteien zu bewerten. Diese Parteienimages decken dabei unterschiedliche Dimensionen ab: Zum einen die Responsivität («volksnah»), die Sachkompetenz («fähige Politiker»), die Leistung («gute Arbeit im Parlament»), die Glaubwürdigkeit («glaubwürdig») und die Lösungsorientiertheit («lösungsorientiert», «dogmatisch»). Dabei ist gleich zu Beginn eine Klarstellung nötig: Die Bewertung einer Partei ist – ähnlich wie die Bewertung eines Kandidaten – in erster Linie von

²⁰Inwieweit die These der Erosion von Parteibindungen auch auf die Schweiz zutrifft, darüber gehen die Meinungen indessen auseinander. Empirisch ist gar nachweisbar, dass der Anteil Parteigebundener in den letzten 15-20 Jahre zugenommen hat. Das ist u.a. auch davon abhängig, wie man das Konzept der Parteibindung definiert und anschliessend misst.

²¹Den einzelnen Befragten wurden nicht sechs, sondern je zwei zufällig ausgewählte Items vorgelegt. Darum liegen zu den einzelnen Items nicht 11'600, sondern rund 3'900 Antworten vor.

der Particouleur des Bewertenden abhängig (Flanigan und Zingale 1998). Die Parteiidentifikation ist in diesem Sinne eine Art WahrnehmungsfILTER: Man betrachtet die Parteienlandschaft gewissermassen durch die eigene, parteifarbene Brille. Und deshalb kommt die *eigene, bevorzugte* Partei in aller Regel am besten an. Oft wird zudem nicht gross differenziert. Parteianhänger sind normalerweise der Ansicht, ihre bevorzugte Partei sei in *jeglicher Hinsicht* allen anderen Parteien überlegen. Dies ist nicht derart verwunderlich. Denn es würde eine gehörige Portion an Masochismus bedürfen, sich einzugestehen, dass die Partei, die man seit Jahren wählt, anderen Parteien in vielerlei Hinsicht unterlegen ist. Insofern ist es viel aufschlussreicher, zu erfahren, wie eine Partei bei jenen Wählern ankommt, die *nicht* zur eigenen Anhängerschaft gehören. Allerdings werden auch parteifremde Wähler eine Partei selten neutral bewerten. Parteien, die der eigenen Partei ideologisch nahestehen oder gar dem gleichen ideologischen Block angehören, werden wohl besser benotet werden als Parteien, die am entgegengesetzten Pol des ideologischen Spektrums beheimatet sind. Insofern ist vor allem auf die Nuancen der Bewertung bei ideologisch nahestehenden Parteianhängerschaften zu achten.

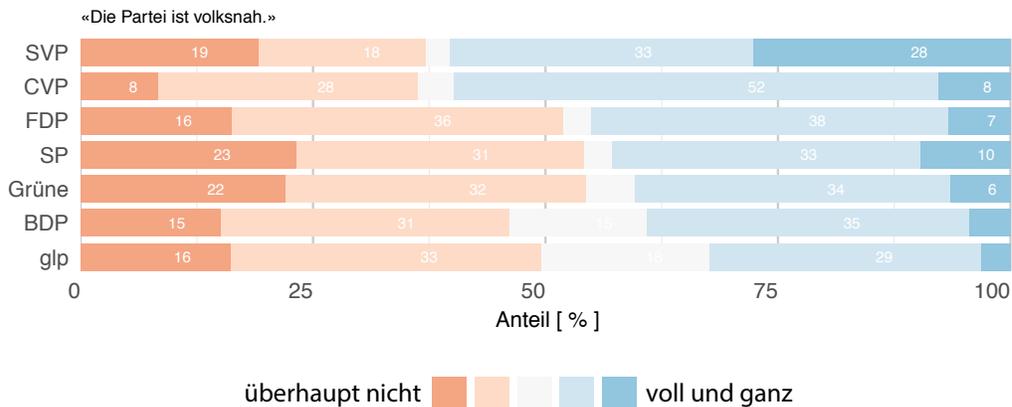


Abbildung 22: Parteienimages: Zustimmung zur Aussage: «Die Partei ist volksnah.» (n = 3'949)

Bürger- oder Volksnähe bedeutet Responsivität oder – alternativ – eine Art der politischen Kommunikation und Vermittlung, mit dem das Elektorat vertraut ist. Die SVP ist nun jene Partei, die vom Elektorat gesamthaft gesehen am ehesten als volksnah angesehen wird. Rund 28 Prozent pflichteten der Aussage, wonach die SVP volksnah sei, voll und ganz zu, und weitere 33 Prozent waren mit dem besagten Statement immerhin «eher einverstanden». Die zuvor erwähnten 28 Prozent entsprechen wiederum ziemlich genau dem Wähleranteil der SVP. Und in der Tat gab es kaum einen SVP-Wähler, der seiner bevorzugten Partei die Volksnähe absprach. Insofern liesse sich

argumentieren, dass der Spitzenplatz der SVP einzig und allein auf ihre Wählerstärke zurückzuführen ist. Indes, dieses Argument ist nicht ganz zutreffend. Erstens, weil die SVP nicht nur von der eigenen Partei als volksnah bezeichnet wird, sondern auch von einer erheblichen Zahl der FDP, CVP, EDU und Lega (siehe Abbildung 22). Zweitens, sind die Anteilswerte der voll und ganz Einverstandenen bei den anderen Parteien längst nicht deckungsgleich mit deren Wähleranteil. Gewisse Parteien erzielten Anteilswerte für die Volksnähe, die deutlich *unter* ihrem Wähleranteil liegen. Dazu gehören vor allem zwei Parteien: Die FDP und die SP. Beide Parteien weisen, wie oben gezeigt, einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Universitätsabgängern auf und werden selbst von ihren eigenen Wählern beileibe nicht immer als «volksnah» wahrgenommen. Noch weniger ist dies bei den parteifremden Anhängerschaften der Fall. Kurz, FDP und SP haben am ehesten das Image von «Eliteparteien», während der SVP das Attribut «volksnah» am ehesten eingestanden wird.

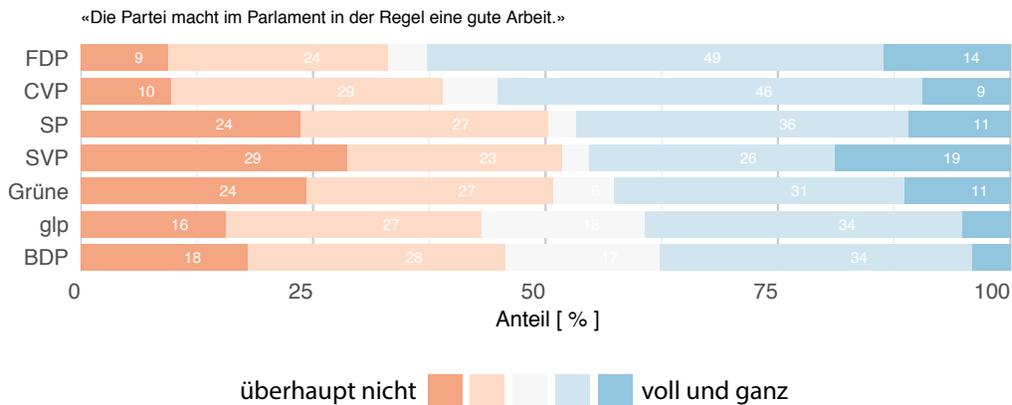


Abbildung 23: Parteienimages: Zustimmung zur Aussage: «Die Partei macht im Parlament in der Regel eine gute Arbeit.» (n = 3'866)

Die Rollenperformanz einer Partei wurde mit folgendem Item gemessen: «Die Partei macht im Parlament in der Regel eine gute Arbeit». Im Verhältnis zu ihrer Wählerstärke schnitten die GLP und Grüne in dieser Kategorie am besten ab – zumindest dann, wenn man bloss diejenigen betrachtet, die voll und ganz mit dem Statement einverstanden sind. Generell sind die Anteilswerte, derer, die mit der obigen Aussage voll und ganz einverstanden sind, vergleichsweise tief. Zumeist liegt dieser Anteilswert unter der Wählerstärke der jeweiligen Partei, was darauf hinweist, dass selbst die eigenen Parteiwähler nicht vollumfänglich mit der parlamentarischen Arbeit ihrer Partei zufrieden sind. Betrachtet man zusätzlich auch die hellblau gefärbten Anteile, so schneiden FDP

und CVP am besten ab. Unterdurchschnittlich – d.h. gemessen am Wähleranteil – schneiden diesbezüglich vor allem die beiden Polparteien SVP und SP ab.

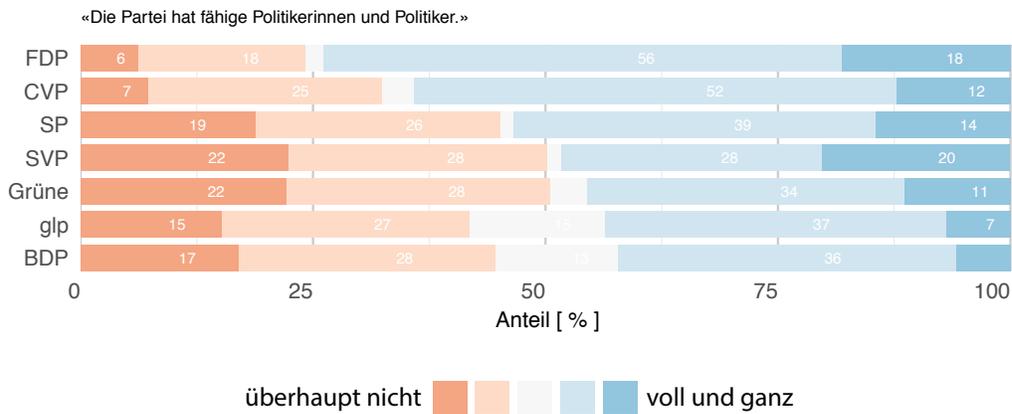


Abbildung 24: Parteienimages: Zustimmung zur Aussage: «Die Partei hat fähige Politikerinnen und Politiker.» (n = 3'970)

Die wahrgenommene Sachkompetenz der Parteien wurde mit folgendem Item erhoben: «Die Partei hat fähige Politiker und Politikerinnen.» Die Bewertung der Sachkompetenz einer Partei ist wiederum stark davon abhängig, ob man Anhänger dieser Partei ist oder nicht. Wenn wir den Anteil derer nehmen, die das obige Statement voll und ganz unterstützen können, so liegen – im Vergleich zu ihrem Wähleranteil – vor allem die Grünen im Plus, mit tatkräftiger Unterstützung durch SP-Wähler. Auch FDP und CVP liegen im Plus, nicht so hingegen SVP und SP.

In der Schweizer Konsensdemokratie, in welcher keine der Parteien eine absolute Mehrheit auf sich vereinigen kann, ist gerade bei der parlamentarischen Arbeit oftmals ein gewisses Mass an Kompromissbereitschaft gefragt. Gefragt wurde deshalb, wie dogmatisch die vorgelegten Parteien auf ihren Standpunkten beharren und wie lösungsorientiert sie in den Augen des Befragten sind. Den Ruf der dogmatischsten Partei hat in den Augen der Teilnehmewilligen die SVP: Mehr als zwei Drittel (68%) waren der dezidierten Ansicht, die Partei beharre kompromisslos auf ihren Standpunkten. Gefolgt wird die SVP von den anderen beiden Polparteien, der SP und den Grünen. Die SP wird von 40, die Grünen von 34 Prozent als voll und ganz «dogmatisch» angesehen. Als undogmatisch wird hingegen die CVP betrachtet. Gerade einmal 8 Prozent verliehen ihr das Etikett einer voll und ganz dogmatischen Partei. Wie üblich lassen sich solche Parteiattribute positiv, aber auch negativ auslegen. Das Beharren auf Standpunkten mag gerade für die Anhänger der jeweiligen Parteien als standhaftes Beharren auf die Kernsätze des Programms interpretiert werden, während Undogmatismus von denselben

als Wankelmütigkeit oder, wie es im Kontext der Schweizer Politik oftmals heisst, als «Wischi-Waschi» ausgelegt wird.

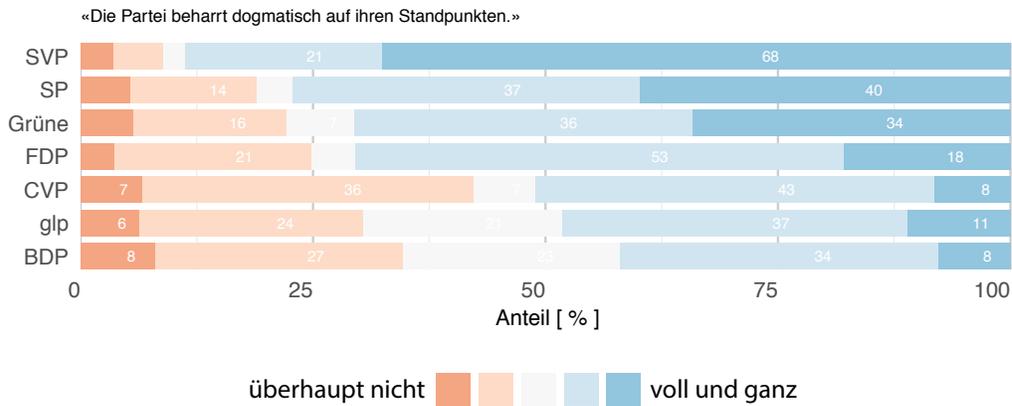


Abbildung 25: Parteienimages: Zustimmung zur Aussage: «Die Partei beharrt dogmatisch auf ihren Standpunkten.» (n = 3'944)

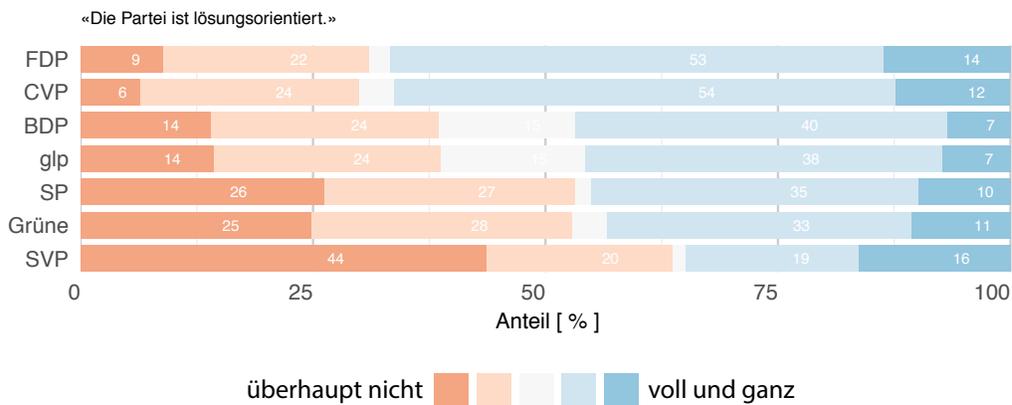


Abbildung 26: Parteienimages: Zustimmung zur Aussage: «Die Partei ist lösungsorientiert.» (n = 3'939)

Während den Parteien oftmals Dogmatismus unterstellt wird, erfolgt die Zuweisung von Lösungsorientiertheit seltener. Keine Partei erzielte Anteilswerte in der höchsten Kategorie von 20 Prozent oder mehr. Berücksichtigt man die Wählerstärke der Parteien, so ergibt sich allerdings ein ähnliches Bild wie bei der Frage nach dem Dogmatismus – wenn auch, wie gesagt, auf tieferem Niveau: Die Mitte-Parteien, die im Parlament

oftmals das Zünglein an der Waage sind, werden in der Tendenz als lösungsorientierter wahrgenommen als die Polparteien.

Glaubwürdigkeit ist ein wichtiges Kapital von Parteien. Die SVP polarisiert hier am stärksten, denn sie erzielt an beiden Enden der Glaubwürdigkeitsskala Höchstwerte. Für ihre Anhängerschaft ist die SVP ein äusserst glaubwürdige Partei, während sie vor allem links der Mitte keine Glaubwürdigkeit besitzt. Ähnliches gilt auch für SP und Grüne: Ihnen werden im linken Lager hohe Glaubwürdigkeit attestiert, rechts der Mitte jedoch sind diese Werte tief. Bemerkenswert sind die – im Vergleich zu ihrer Wählerstärke – relativ hohen Unglaubwürdigkeitswerte bei der BDP.

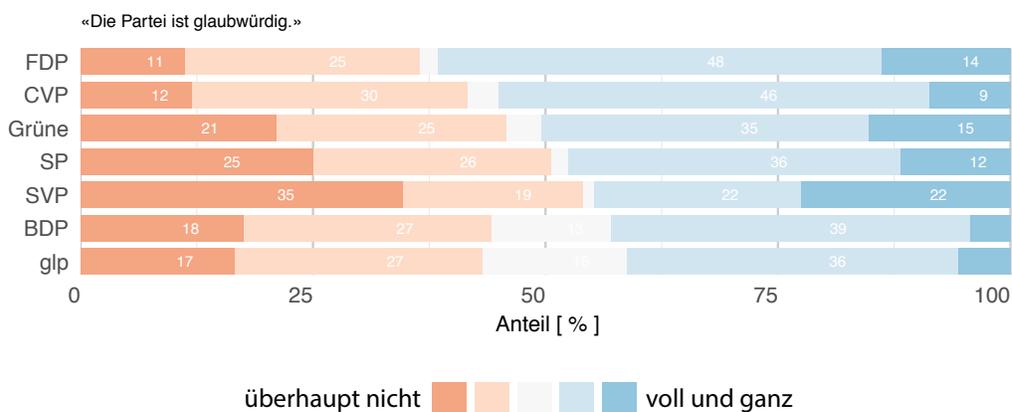


Abbildung 27: Parteienimages: Zustimmung zur Aussage: «Die Partei ist glaubwürdig.» (n = 3'940)

Beliebtheit der Parteipräsidenten und Parteipräsidentinnen

Die Parteipräsidentinnen und Parteipräsidenten sind die Aushängeschilder ihrer jeweiligen Partei und «verkörpern» ihre Partei deshalb nach aussen. Die Art und Weise, wie sie vom Elektorat wahrgenommen werden, strahlt bis zu einem gewissen Grad auch auf die Wahlchancen ihrer Partei aus. Gewiss, dieser Ausstrahlungseffekt darf nicht überschätzt werden. Die Schweizer Wählerinnen und Wähler entscheiden sich nach wie vor hauptsächlich aufgrund von Sachfragen für eine bestimmte Partei. Ausserdem ist es im Schweizer Kontext eher selten (wenn auch nicht unmöglich: siehe das Beispiel von Christoph Blocher), dass Spitzenpolitiker ihre Partei auf Jahre hinaus prägen und auf diese Weise ihr Kandidatenimage gleichsam auf die Partei übertragen. Aber im Zweifelsfalle mag die Glaubwürdigkeit und die Beliebtheit von Parteipräsidenten und –präsidentinnen durchaus ausschlaggebend für das Votum sein. Parteipräsidenten und –präsidentinnen

haben jedoch – was die Beliebtheit anbelangt – gewiss einen schwierigeren Stand als etwa Bundesräte und Bundesrätinnen. Während die letzteren oftmals in ihrer überparteilichen Rolle als Staatsfrau oder Staatsmann wahrgenommen werden, stehen erstere beinahe täglich im politischen Stellungsgeschehen und haben zudem die Parteilinie in Debatten möglichst unversöhnlich zu verteidigen. Dadurch machen sie sich beim politischen Gegner beinahe notgedrungen zum fleischgewordenen, politischen Feindbild. Insofern dürfen die Unbeliebtheitswerte gewisser Parteipräsidenten und –präsidentinnen nicht (zwingend) auf deren Persönlichkeit bezogen werden, sondern viel eher auf das Programm (bzw. das Image) der von ihnen vertretenen Partei.

Wir haben zu diesem Zweck gefragt, wie sympathisch bzw. unsympathisch man die Parteichefs der sieben wählerstärksten Parteien findet. Dabei konnten die Befragten die Sympathie der Parteichefs auf einer Skala zwischen 1 (sehr unsympathisch) bis 5 (sehr sympathisch) einstufen. Wem der vorgelegte Name unbekannt war oder sich – aus welchen Gründen auch immer – nicht auf einen Sympathiewert festlegen konnte, hatte die Möglichkeit mit «Person unbekannt» bzw. «Weiss nicht» zu antworten.

Der dienstälteste Parteipräsident, Christian Levrat (SP), ist gleichzeitig auch der bekannteste der sieben abgefragten Parteichefs. Nur gerade zwei Prozent der Teilnehmenden wussten nicht, wer er ist und weitere zwei Prozent hatten keine Meinung zu ihm. Dieser hohe Bekanntheitsgrad hat auch damit zu tun, dass der Romand Christian Levrat – wohl aufgrund seiner starken Medienpräsenz im deutschsprachigen Raum – auch in der Deutschschweiz sehr bekannt ist. Zwar erzielen die Deutschschweizer Parteipräsidenten und –präsidentinnen in der Deutschschweiz mitunter ähnlich hohe Bekanntheitswerte wie Levrat, schneiden aber im Gegensatz zum SP-Präsidenten erheblich schlechter in der Romandie ab.

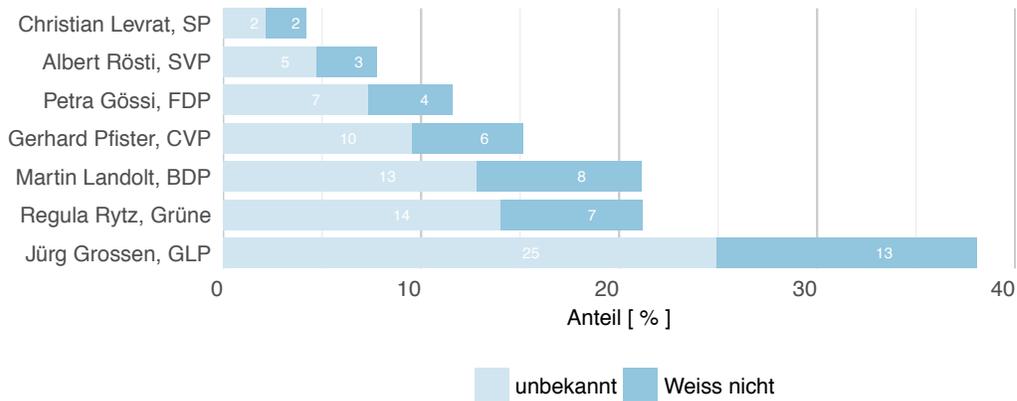


Abbildung 28: Bekanntheitsgrad und Anteil «Weiss nicht»-Antworten auf die Beliebtheitsfrage (n = 11'606)

Albert Rösti, der Parteipräsident der SVP, ist 95 Prozent der teilnahme willigen Stimmberechtigten bekannt, wobei sich drei Prozent keine Meinung zu ihm bilden konnten. Die Bekanntheit der weiteren Parteipräsidenten und –innen liegt unter diesen Werten für Levrat und Rösti, zum Teil gar erheblich. Jürg Grossen, der frisch gekürte Parteipräsident der GLP, ist beispielsweise einem Viertel der Teilnehmewilligen unbekannt. Bei Martin Landolt (BDP) und Regula Rytz (Grüne) liegen die entsprechenden Werte bei 13 bzw. 14 Prozent.

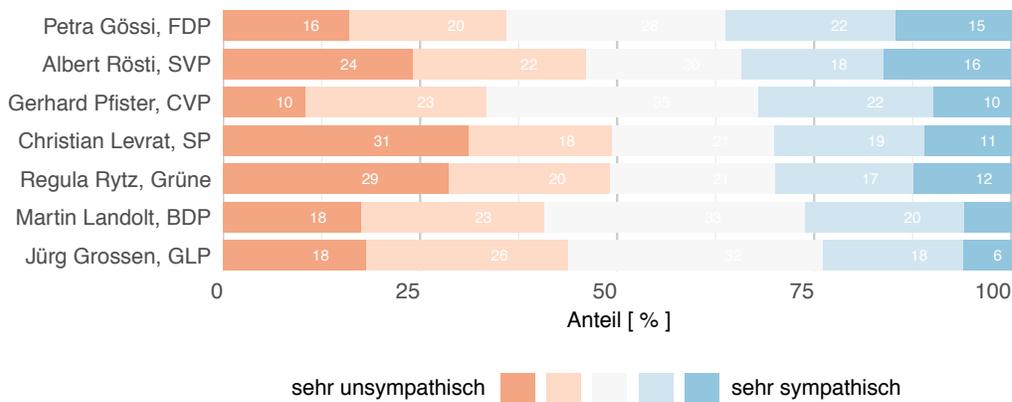


Abbildung 29: Sympathiewerte der Parteipräsidentinnen und Parteipräsidenten unter den Teilnehmewilligen (n = 11'606)

Die Beliebtheit eines Parteipolitikers wird, wie oben ausgeführt, hauptsächlich von dessen Parteifarbe bestimmt. Die eigenen Parteivertreter erscheinen in der Regel als besonders sympathisch, solche anderer Parteien und insbesondere jene des ideologischen Gegenparts wecken hingegen wenig Sympathie, sondern (teils) gar regelrechte Antipathien. Insofern kann es auch wenig überraschen, dass die Präsidenten der beiden grossen Polparteien SP und SVP, Levrat und Röstli, am stärksten polarisieren. Christian Levrat wird von 31 Prozent, Albert Röstli von 24 Prozent als «sehr unsympathisch» empfunden. Gleichzeitig aber erzielen beide vergleichsweise hohe Werte in der Kategorie «sehr sympathisch». Dieses Muster ist darauf zurückzuführen, dass Levrat und Röstli einerseits an den Polen des politischen Spektrums positionieren, andererseits aber auch die beiden zahlenmässig stärksten Anhängerschaften hinter sich wissen. Kurz, man mag die SP bzw. SVP oder man mag sie eben nicht, auf jeden Fall lassen diese beiden Parteien die wenigsten kalt.

Weiter nehmen die Sympathiewerte der Parteianhängerschaften zu (siehe Abbildung 31 und Abbildung 30), je näher die entsprechende Partei zur SVP bzw. SP liegt. Bei der FDP-Wählerschaft geniesst Röstli beispielsweise durchaus Sympathien. Die Sympathiewerte nehmen jedoch ab, je weiter man sich ideologisch von der SVP entfernt. Gleiches gilt für Levrat, der bei den Grünen beliebt ist, aber rechts der Mitte auf wenig Sympathien stösst. Vergleicht man die Beliebtheitsprofile beider Präsidenten miteinander, so erkennt man, dass sie beinahe Spiegelbilder voneinander sind – allerdings in umgekehrter Reihenfolge. Dort, wo der eine hohe Sympathiewerte erzielt, geniesst der andere nur geringe Sympathien. Kurz, die beiden Parteipräsidenten werden primär als archetypische Verkörperungen ihrer Parteien wahrgenommen. Die Sympathie bzw. Antipathie gilt demnach wohl weniger der Person, sondern vielmehr der Partei, welche die Präsidenten vertreten.

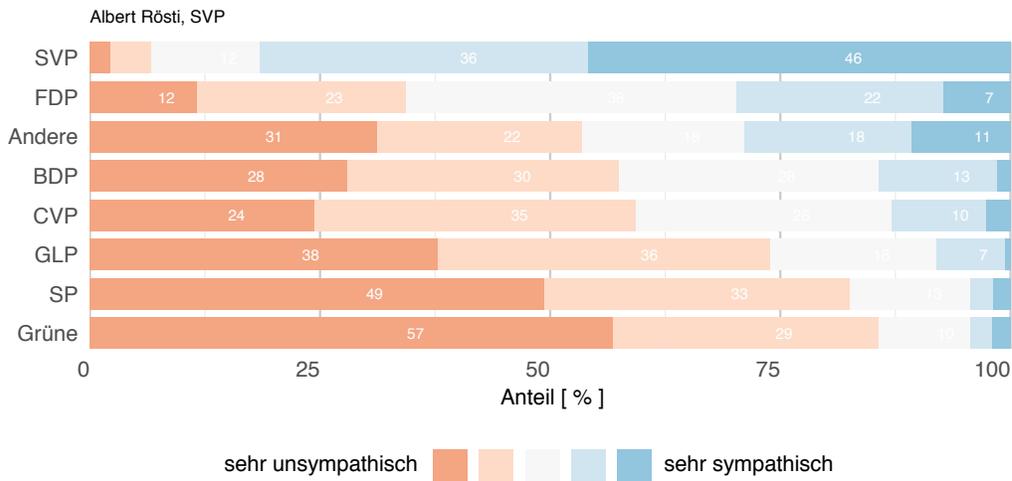


Abbildung 30: Sympathiewerte Albert Rösti nach Parteiwahl (n = 11'236)

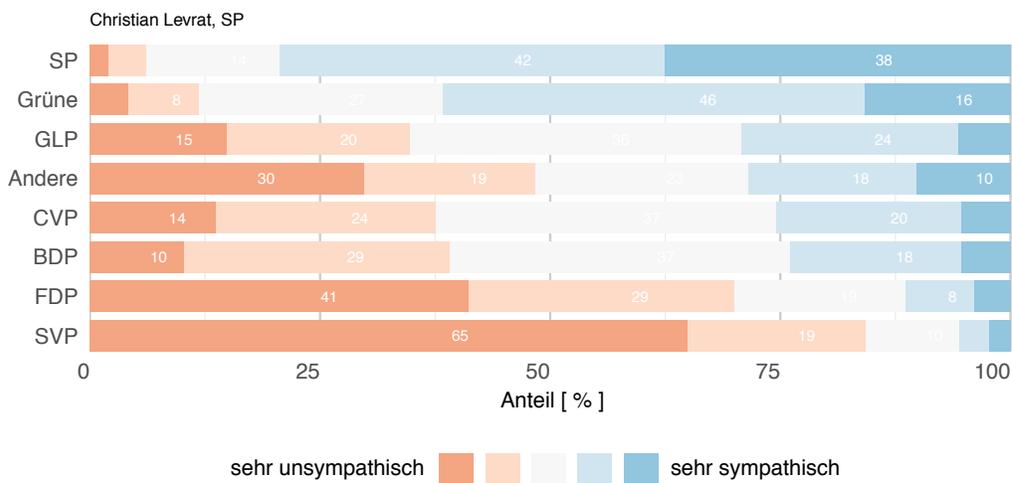


Abbildung 31: Sympathiewerte Christian Levrat nach Parteiwahl (n = 11'668)

Petra Gössi, seit 2016 Präsidentin der FDP, erfreut sich – wenig überraschend – höchster Beliebtheit bei ihrer eigenen Parteianhängerschaft, sodann aber auch bei der SVP-Wählerschaft. Immerhin stuften 44 Prozent der SVP-Wähler die FDP-Parteipräsidentin als «sehr» oder «eher» sympathisch ein. Und weitere 30 Prozent der SVP-Wähler haben eine neutrale Haltung zu Gössi. Generell polarisiert Gössi weniger als Christian Levrat und Albert Rösti. Bei vielen Wählern ruft sie weder negative noch positive Emotionen hervor. Unbeliebt ist sie bei den SP-Wählern und der Anhängerschaft der Grünen.

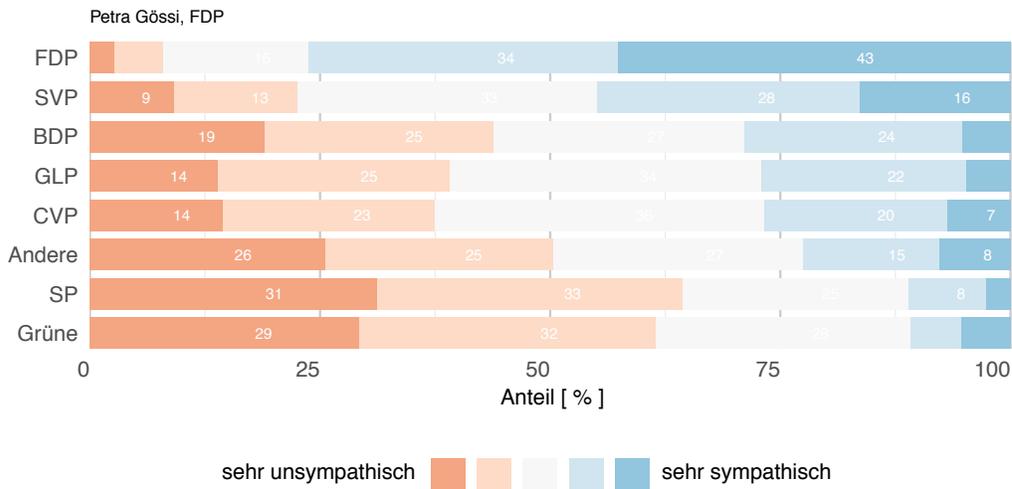


Abbildung 32: Sympathiewerte Petra Goessi nach Parteiwahl (n = 10'698)

Viel ist in letzter Zeit in den Medien über Gerhard Pfisters konservatives Credo und seinen Debattenstil geschrieben worden. Katholisch-konservativ und unangepasst sei er und er ecke selbst bei der eigenen Partei an.²² Fakt ist, dass Gerhard Pfister bei der eigenen CVP-Wählerschaft sehr gut ankommt. Und nicht nur das: Auch bei der FDP-, BDP- und SVP-Wählerschaft genießt er Sympathien. Auffallend ist zudem, dass viele Wähler keine dezidierte Haltung zu Pfister besitzen, d.h., ihm gegenüber neutral eingestellt sind. Das widerspricht der gängigen Polarisierungsthese diametral. Pfisters Stil wirkt auf die Wählerschaft offenbar nicht polarisierender als jener anderer Parteipräsidenten. Bemerkenswert ist jedoch, dass Pfister bei der GLP vergleichsweise geringe Sympathien besitzt – bemerkenswert, weil die GLP der CVP ideologisch ziemlich nahesteht und Präsidenten ideologisch verwandter Parteien, wie oben gezeigt, von jenen in der Regel gut bewertet werden.

²²Zum Beispiel hier: <https://www.nzz.ch/schweiz/der-unangepasste-1.18054746>

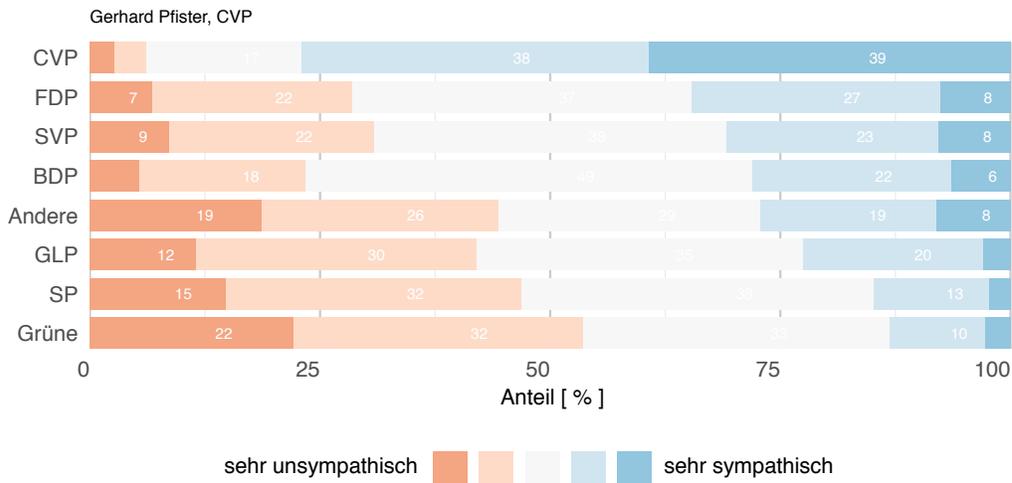


Abbildung 33: Sympathiewerte Gerhard Pfister nach Parteiwahl (n = 10'357)

Regula Rytz ist innerhalb der eigenen Wählerschaft unbestritten. Sie erzielt unter allen hier abgefragten Parteipräsidenten gar die höchsten Sympathiewerte in der eigenen Anhängerschaft. Nur unwesentlich tiefer fallen ihre Sympathiewerte ausserdem bei den SP-Wählern aus. Das ist aufgrund der programmatischen Nähe zwischen den beiden Parteien nicht aussergewöhnlich. Indes, Regula Rytz schneidet bei der SP besser ab als Christian Levrat bei den Grünen. Bei der SVP und der FDP überwiegen hingegen die Antipathien. Diese Antipathien sind zwar nicht ganz so stark ausgeprägt wie bei Christian Levrat, aber eine Mehrheit der SVP- und FDP-Wählerschaften assoziiert unguete Gefühle mit der Person von Regula Rytz. Die GLP-Wählerschaft wiederum ist Regula Rytz in der überwiegenden Mehrheit wohl gesonnen.

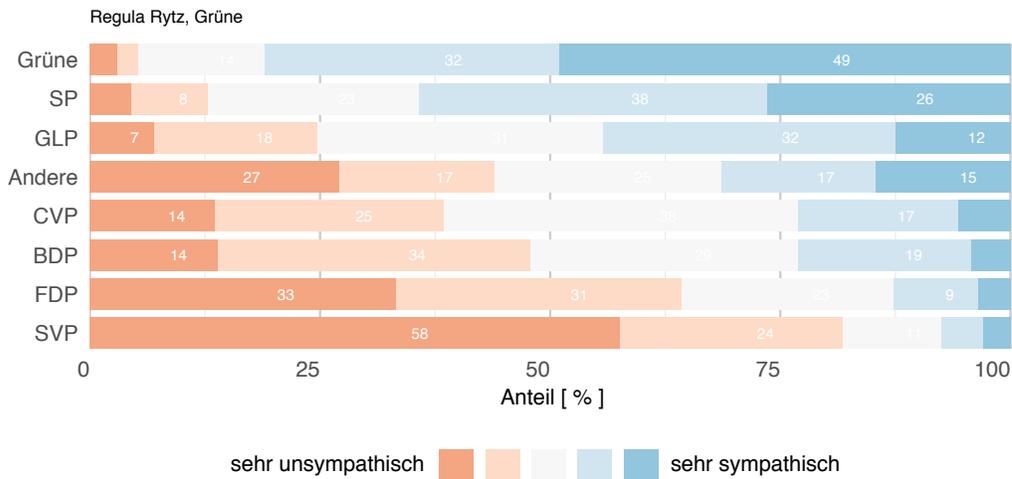


Abbildung 34: Sympathiewerte Regula Rytz nach Parteiwahl (n = 9'204)

Der GLP-Parteipräsident, Jürg Grossen, stösst mit Ausnahme der SVP-Wählerschaft nirgendwo auf ausgeprägte Antipathien. Die vergleichsweise hohen Anteile an neutralen Bewertungen deuten zudem darauf hin, dass er (noch, denn er ist er seit August 2017 im Amt) nicht allzu stark polarisiert.

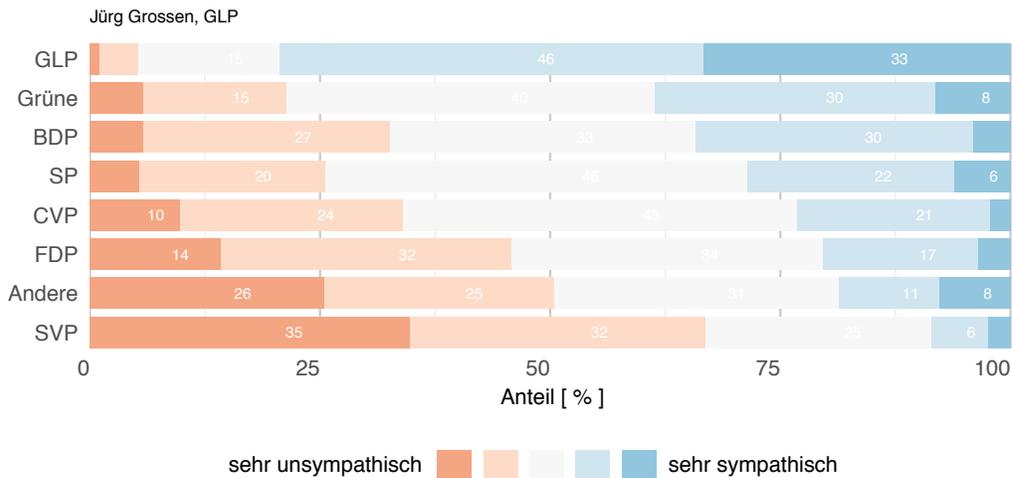


Abbildung 35: Sympathiewerte Jürg Grossen nach Parteiwahl (n = 7'162)

Martin Landolt polarisiert nur gering – mit einer Ausnahme: Bei der SVP-Wählerschaft ist der BDP-Parteipräsident höchst unbeliebt. 65 Prozent bezeichnen ihn als «sehr» oder

«eher unsympathisch». Auf den ersten Blick erscheinen diese tiefen Sympathiewerte ungewöhnlich, denn die BDP ist der SVP programmatisch sicherlich näher als die Linksparteien oder auch GLP und CVP. Der Grund für diese Antipathien dürfte in der Gründungsgeschichte der BDP, die ja aus einer Spaltung von der SVP hervorging, zu suchen sein. Die Wahl von Eveline Widmer-Schlumpf in den Bundesrat, ihr Ausschluss aus der SVP und die anschliessende Gründung der BDP hallen bei der SVP offenbar nach wie vor nach.

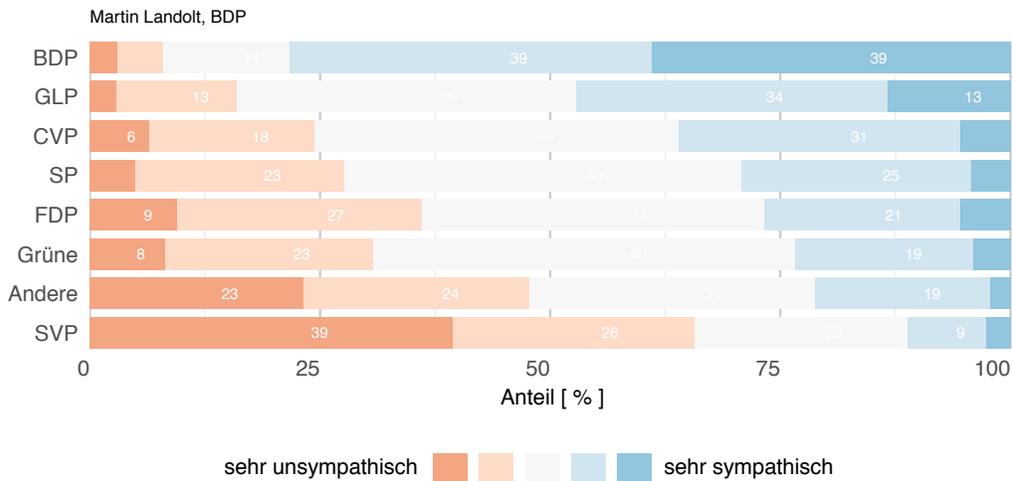


Abbildung 36: Sympathiewerte Martin Landolt nach Parteiwahl (n = 9'532)

Sorgen und politische Themen

Vorbemerkungen

Wie sieht die Problemagenda der Wählenden aus? Welche Probleme bedürfen am dringenden einer Lösung? Zur Beantwortung dieser Frage haben wir den Respondenten zwölf häufig genannte Problemfelder zur Auswahl gestellt. Fand sich unter den vorgelegten Antwortkategorien keine, die der Problemwahrnehmung des Befragten entsprach, konnte er/sie die Antwort «Anderes» auswählen und anschliessend präzisieren, welches Problem er/sie darunter verstand. Auf diese Weise sollte verhindert werden, dass die vorgegebene Auswahl die Ergebnisse vorspart.

Gefragt wurde ausserdem nicht bloss nach *einem*, sondern nach den *drei* drängendsten Problemen. Die Respondenten konnten demnach maximal drei Probleme nennen, gleichzeitig aber auch eine Rangordnung zwischen diesen drei Problemen festlegen. Uns

liegen demnach sowohl das Hauptproblem als auch (maximal) zwei weitere Probleme vor, die das Elektorat beschäftigen. Weiter handelt es sich bei der nachfolgend präsentierten Problemagenda um diejenige der *aktuell teilnahmewilligen Stimmberechtigten*. Wir machen demnach keine Aussagen zur Problemwahrnehmung des Gesamtelektorats (d.h. aller Stimmberechtigten)²³ und ebenso wenig über jene der Schweizer und Schweizerinnen²⁴ oder der gesamten Schweizer Wohnbevölkerung. In der Tat dürfte das Problembewusstsein der Nicht-Wählenden oder der nicht-wahlberechtigten Schweizer Bevölkerung von jenem der Wählenden abweichen. Denn regelmässige Urnengänger sind in aller Regel besser situiert, älter und zuletzt auch politisch interessierter als Nicht-Wähler.

Das Hauptproblem

Welches Problem bewegt die Wähler und Wählerinnen am stärksten?²⁵ Nach wie vor sind das Fragen, die sich um das Themenfeld Migration (Migration/Asyl/Flüchtlinge) drehen. 21 Prozent machen sich hauptsächlich darüber Sorgen. Allerdings hat die Virulenz dieses Problemfelds seit den Wahlen 2015 spürbar abgenommen. Zu Vergleichszwecken wurden die Ergebnisse der SELECTS-Studie herangezogen (siehe Tabelle 2).²⁶ Bei jener Erhebung, die im Nachgang zu den eidgenössischen Wahlen und somit zu einem Zeitpunkt durchgeführt wurde, an welchem die Flüchtlingskrise einen momentanen Höhepunkt erlebte, gab fast die Hälfte der Wählenden (44%) an, Migration, Asyl und Flüchtlinge seien das wichtigste Problem, das einer Lösung bedürfe. Mit der Schliessung der Balkan-Route und dem (zwischenzeitlichen) Rückgang der Flüchtlingszahlen hat dieses Themenfeld an medialer Präsenz eingebüsst und der Anteilswert bewegt sich in der vorliegenden Erhebung mit 21 Prozent wieder auf dem Niveau, welches die SELECTS-Erhebungen zwischen 2003 und 2011 auswiesen. Durchaus bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der Umstand, dass die SVP ihren Wähleranteil trotzdem stabil halten konnte. Der SVP-Erfolg bei den Wahlen 2015 wurde zumeist auf die Dominanz des Migrationsthemas während des Wahlkampfes zurückgeführt. Trotz

²³Das Gesamtelektorat umfasst alle Stimmberechtigten, demnach solche, die (aktuell) teilnehmen wollen wie auch jene, die an Wahlen nicht teilnehmen. Letztere machen bekannterweise etwa die Hälfte aller Stimmberechtigten aus.

²⁴Die Gruppe der Stimmberechtigten und jene der Schweizer und Schweizerinnen sind nicht deckungsgleich, da das Stimm- und Wahlrecht auf nationaler Ebene erst ab dem 18. Lebensjahr ausgeübt werden kann.

²⁵Mit anderen Worten: Welches Problem wurde am häufigsten als das *drängendste überhaupt* angegeben?

²⁶Die SELECTS-Nachbefragung eignet sich zu Vergleichszwecken am ehesten, weil auch hier die Probleme und Sorgen der *Wählenden* (und nicht etwa der Gesamtbevölkerung) erhoben wurden. Allerdings sind die Werte jener Erhebung nicht eins zu eins mit jenen der vorliegenden Umfrage vergleichbar. Der Grund liegt neben dem unterschiedlichen Auswahlverfahren auch in der Art und Weise, wie die Probleme gemessen wurden. In der SELECTS-Erhebung wurde die Frage offen gestellt, im SRG SSR Wahlbarometer hingegen halb-offen.

geringerer Salienz des Migrationsthemas kann die SVP ihren Wähleranteil ziemlich stabil halten.

An zweiter Stelle rangiert – etwas überraschend – die Gesundheitspolitik. Überraschend deshalb, weil kaum jemand im Vorfeld der Wahlen 2015 die Gesundheitspolitik als ein drängendes Problem nannte. Indes, es darf dabei nicht vergessen werden, dass es Ende der Neunziger Jahre und zu Beginn des neuen Jahrtausends noch anders aussah (siehe Tabelle 2). Die Gesundheitspolitik und insbesondere die Krankenkassenprämien waren damals ein Thema, das die Menschen stark beschäftigte. Momentan bewegt das Thema Gesundheitspolitik die Wählenden ähnlich stark wie damals. Gewiss, die kurz vor der Erhebung erfolgte Ankündigung markant steigender Krankenkassenprämien («Priming») dürfte sich ebenfalls auf das Ergebnis ausgewirkt haben.²⁷ Deshalb sind die Werte für die Gesundheitspolitik zu relativieren: Erfahrungsgemäss verpuffen die Effekte solcher Ankündigungen relativ rasch; die Gesundheitspolitik wird bis zu den Wahlen 2019 voraussichtlich an Bedeutung verlieren. Auch die Einschätzung des Problemfelds «Sozialpolitik (AHV, etc.)» – auf Platz drei des Sorgenrankings – dürfte unter dem gegenwärtig starken Eindruck der eben gescheiterten Rentenreform stehen. Die Altersvorsorge 2020 war unter anderem auch damit beworben worden, dass eine Reform dringendst nötig sei. Insofern mag es auch nicht überraschen, dass viele Wählenden sich nun Sorgen machen, wie es nach dem wiederholten Scheitern einer Reform der Altersvorsorge weitergehen soll.

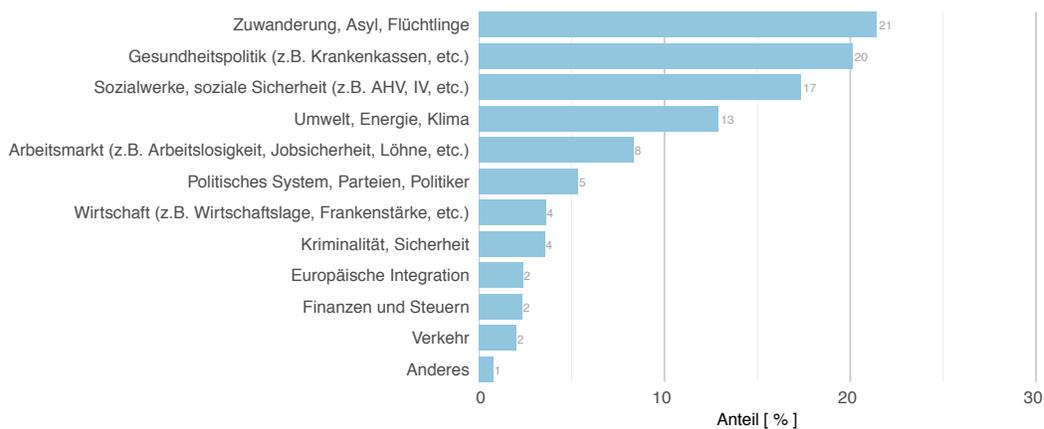


Abbildung 37: Das drängendste Probleme aus der Sicht der Teilnehmewilligen (n = 11'606)

²⁷Die Medien berichteten am 28. September – also just zu Beginn der Umfrage – davon, dass die Krankenkassenprämien 2018 um 4 Prozent steigen werden.

Umwelt, Energie und Klima sind ebenfalls Themen, die beschäftigen. Auch hier ist – im Vergleich zur SELECTS-Erhebung – ein Anstieg zu beobachten. Wie so oft – man erinnere sich etwa an die Fukushima-Katastrophe von 2011, die seinerzeit das Thema Umwelt auf Platz zwei des SELECTS-Sorgenrankings katapultierte – dürften exogene Ereignisse wie der Bergsturz von Bondo oder der Hurrikan Irma eine Rolle gespielt haben.

Bemerkenswert ist zudem, dass einer der Dauerbrenner unter den Sorgen – die Angst vor einem Verlust des Arbeitsplatzes – die Wählenden derzeit nicht allzu stark umtreibt. Nur gerade acht Prozent der Teilnahmewilligen gab ein Arbeitsmarkt-bezogenes Problem als Hauptproblem an. Hierbei ist nochmals darauf hinzuweisen, dass sich diese Prozentwerte auf die *Teilnahmewilligen* bezieht. Wer aber bei Wahlen teilnimmt, ist, erstens, Schweizer Staatsbürger und hat, zweitens, ein überdurchschnittlich hohes Einkommen und ist älter als der Durchschnitt. Sprich: Allein aufgrund ihrer soziostrukturellen Position (hohe Einkommensklasse) oder Lebenssituation (z.B. Rentner, Rentnerin) sind Wähler weniger stark von Arbeitslosigkeit betroffen als Nicht-Wähler. Im Umkehrschluss heisst das, dass die Problemagenda der Nicht-Wähler anders aussehen dürfte als jener der besser situierten Wähler.

Tabelle 2: SELECTS: Wichtigstes Problem der Wählerinnen und Wähler 1995-2015 (in %).

Problem	1995	1999	2003	2007	2011	2015
Migration/Asyl/Flüchtlinge	9	34	20	26	20	44
Europäische Integration	17	15	3	4	4	13
Politisches System, Parteien, Politiker	2	3	4	7	4	12
Sozialwerke, soziale Sicherheit	0	10	19	17	10	9
Wirtschaft	5	2	1	1	17	5
Umwelt, Energie, Klima	10	3	3	15	19	5
Arbeitsmarkt	25	13	16	6	7	3
Beziehungen zum Ausland	0	1	1	2	2	2
Gesundheitspolitik	3	6	16	3	5	1
Kriminalität und Sicherheit	1	1	2	8	3	1
Finanzen und Steuern	16	8	9	3	4	1
Anderes	13	6	7	9	6	4
Total (n)	3204	1364	2425	2049	2037	3581

Quelle: Lutz, Georg. Eidgenössische Wahlen 2015. Wahlteilnahme und Wahlentscheid. Lausanne: Selects – FORS, 2016.

Weniger stark beschäftigen derzeit gesamtwirtschaftliche Sorgen wie die (in der Zwischenzeit auch merklich abgeklungene) Frankenstärke oder die Europäische Integration.

Die Umsetzung – bzw. je nach Perspektive des Betrachters: Nicht-Umsetzung der MEI - hat vorerst einen Bruch mit der EU abgewendet und die Diskussionen um das institutionelle Rahmenabkommen haben noch nicht in aller Härte eingesetzt.

Das Hauptproblem nach Parteipräferenz

Die Problemwahrnehmung ist indirekt mit der Parteiwahl verbunden: Politik ist unter anderem dazu da, gesellschaftliche Probleme zu lösen. Die Partei, der die Wähler am ehesten zutrauen, dringende Probleme zu lösen, hat von vornherein gute Wahlchancen. Insofern informiert die Sorgenagenda der verschiedenen Wählerschaften auch darüber, welche Problemlösungskompetenzen sie ihrer bevorzugten Partei zuweisen.

Die SVP-Wählerschaft sorgt sich vor allem um Migrationsfragen: Migration, Asyl und Flüchtlinge sind das mit Abstand meistgenannte Hauptproblem (50%) der SVP-Wähler. Immerhin 14 Prozent von ihnen nannten aber die Gesundheitspolitik an erster Stelle und weitere acht Prozent die soziale Sicherheit. Überdurchschnittlich oft sorgen sich SVP-Wähler zudem um die Sicherheit und Kriminalität (8%). Bei den SP-Wählenden sind es die Themen soziale Sicherheit und Gesundheitspolitik (je 24%), welche die Sorgenagenda dominieren. Auch die Umwelt (20%) und Arbeitsmarkt-bezogene Fragen (11%) beschäftigen SP-Wählende überdurchschnittlich stark. Auch die FDP-Anhängerschaft sieht soziale Fragen – in erster Linie wohl die Rentenreform, die nun neu aufgegleist werden muss - als am dringlichsten an. Dieses Ergebnis ist – im Gegensatz zu den zu erwartenden Ergebnissen bei SVP und SP – schon eher erklärungsbedürftig: Immerhin hatte die FDP bei der Gegenkampagne zur Altersvorsorge 2020 den Lead. Insofern erwartet man allenthalben von Seiten des «Abstimmungssiegers», der FDP, Lösungen zu präsentieren – und dies möglichst rasch, da der AHV ansonsten in Bälde Milliardendefizite drohen. Dieser mediale, aber auch demographische Druck dürfte bei der FDP-Wählerschaft zu diesem starken Problembewusstsein geführt haben. Neben der sozialen Sicherheit beschäftigen aber auch die Themen Gesundheitspolitik (20%) und Migration (16%) die FDP-Wählenden. Die Sorgen der CVP-Wähler drehen sich um ganz ähnliche Themen wie bei der FDP. Migration (9%) wurde bei der CVP indessen weniger oft genannt als bei der FDP, während die Umwelt (12%) einen höheren Stellenwert besitzt. Das letztgenannte Thema ist bei den Grünen (46%) dominant und bei der GLP ebenfalls an erster Stelle (30%). Die BDP-Wählerschaft wiederum ist vor allem besorgt über die Gesundheitspolitik (34%).

Tabelle 3: Wichtigstes Problem nach Parteipräferenz

Problem	FDP	CVP	SP	SVP	GLP	BDP	Grüne
Migration/Asyl/Flüchtlinge	16	9	5	49	8	13	6
Gesundheitspolitik	20	25	24	14	17	34	15
Sozialwerke, soziale Sicherheit	22	24	24	7	22	25	16
Wirtschaft	9	5	2	2	4	2	1
Umwelt, Energie, Klima	6	12	20	2	30	11	45
Politisches System, Parteien, Politiker	8	7	8	4	7	5	4
Europäische Integration	2	2	2	2	3	1	4
Arbeitsmarkt	6	7	11	8	6	5	6
Kriminalität und Sicherheit	3	2	1	8	1	0	1
Finanzen und Steuern	3	3	2	2	1	3	1
Verkehr	3	2	1	2	2	0	2
Anderes	1	1	1	1	0	0	0

Bemerkungen: Das Total kann aufgrund von Rundungen weniger oder mehr als 100 Prozent betragen.

Methodik

Die Datenerhebung

Die Vorwahlbefragung von SRG SSR lief zwischen dem 28. September und dem 2. Oktober 2017. Dabei wurden zwei unterschiedliche Befragungskanäle genutzt: Einerseits wurden Interviewteilnehmer aus dem Befragtenpanel von sotomo rekrutiert. Dieses Panel umfasst rund 35'000 eingeschriebene Teilnehmer. Andererseits wurde die Befragung auf den Internetseiten von SRG SSR breit ausgespielt («Riversampling»). Die Teilnehmer rekrutierten sich dabei selbst (*opt-in online survey*). Insgesamt nahmen 7'058 Befragte aus dem sotomo-Pool und 7'005 Befragte über den *opt-in*-Kanal teil, womit sich die Gesamtzahl aller Umfrageteilnehmer auf 14'063 beläuft.

Die Stichprobe

Von den 14'063 Personen, die sich an der Umfrage beteiligten, konnten rund 85 Prozent für die Auswertung berücksichtigt werden. Diese Differenz zwischen der Brutto- und der Netto-Teilnehmerzahl kommt im Wesentlichen aufgrund von Item-Nonresponse²⁸ und

²⁸Item-Nonresponse ist der Fachausdruck für eine partielle Antwortverweigerung (d.h., der Befragte nimmt zwar an der Umfrage teil, verweigert aber bei bestimmten Fragen eine Antwort). Wenn diese partielle Antwortverweigerung zentrale Gewichtungsfragen betraf, konnte die entsprechende Beobachtung nicht berücksichtigt werden und floss demnach auch nicht in die Analyse ein.

in geringerem Ausmass aufgrund von Doppeleinträgen und/oder Manipulationsverdacht zustande.

Jedem Stichprobenresultat haftet eine gewisse Unsicherheit an. Diese Unsicherheit lässt sich niemals - unabhängig davon, welches Auswahlverfahren der Stichprobe zugrunde liegt - vollständig aus der Welt schaffen. Allerdings ist es möglich, das Ausmass dieser Unsicherheit anzugeben. Wir können demnach ausweisen, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein interessierender Parameter der Grundgesamtheit innerhalb eines bestimmten Wertebereichs zu liegen kommt. Dieser Unsicherheitsbereich wird in der Statistik mit dem Fachbegriff «Standardfehler» (häufig auch: Stichprobenfehler) bezeichnet, wobei der doppelte Standardfehler (auf einem vorab festzulegenden Konfidenzniveau (zumeist: 95%-Konfidenzniveau)) wiederum das Konfidenzintervall bildet. Die vorliegende Stichprobe beruht auf einer nicht-zufallsbasierten Auswahl. Dies ist für die Intervallschätzung (95%-Konfidenzintervall), die neben der jeweiligen Punktschätzung angegeben wird, von Bedeutung. Anders als bei einer echten Wahrscheinlichkeitsstichprobe (*probability sample*) kann bei einer willkürlichen Auswahl nicht die herkömmliche Formel²⁹ zur Berechnung des Standardfehlers verwendet werden. Um das Konfidenzintervall für unsere Stichprobe zu ermitteln, wurde in einem ersten Schritt der Variationskoeffizient der Designgewichte (CV) ermittelt. Er errechnet sich nach folgender Formel, wobei w für die Samplegewichte steht:

$$CV = \frac{\sqrt{\frac{1}{n} \sum_{i=1}^n (x_i - \mu)^2}}{\frac{1}{n} \sum_{i=1}^n w_i} \cdot 100$$

Das 95%-Konfidenzintervall für Anteilswerte wurde anschliessend nach der folgenden Formel errechnet:

$$\hat{p} = \pm \sqrt{\frac{1 + CV^2}{n}}$$

Für die vorliegende Gesamtstichprobe beträgt das 95%-Konfidenzintervall +/-2.24 Prozentpunkte. Das Intervall wächst jedoch - *ceteris paribus* - umso stärker an, je geringer das n einer Subgruppe.

Die Gewichtung

Sinkende Ausschöpfungsquoten³⁰, der Wegfall der Registrierungspflicht für Festnetznummern und die gleichzeitig zunehmende Verbreitung von Mobiltelefonen erschweren

²⁹Der Standardfehler des Mittelwertes berechnet sich nach der folgenden Formel: $SE_{\bar{x}} = \frac{\sigma}{\sqrt{n}}$

³⁰Über die Ausschöpfungsquoten von Schweizer Vorwahl- oder Vorabstimmungsbefragungen ist kaum etwas bekannt. Für politische Nachbefragungen zu Wahlen und Abstimmun-

es, repräsentative Stichproben zu ziehen oder zu realisieren. Kaum eine Stichprobe ist in einem strukturellen Sinne³¹ repräsentativ, was unter anderem daran zu erkennen ist, dass kaum ein Umfrageresultat ungewichtet bleibt. Eine Gewichtung bedeutet jedoch immer eine Korrektur einer Verzerrung. Würde eine Stichprobe keine Verzerrung aufweisen, würde sich notwendigerweise auch jegliche Form von Gewichtung erübrigen. Das ist, wie gesagt, kaum je der Fall: So gut wie alle politischen Vorbefragungen im In- und Ausland werden gewichtet. Eine Gewichtung war auch für die vorliegende Umfrage nötig, denn aufgrund des Auswahlverfahrens - die Teilnehmer rekrutierten sich selbst - ist auch die hier verwendete Rohstichprobe kein strukturtreues Abbild der Grundgesamtheit.

Das Ziel einer Gewichtung besteht generell gesprochen darin, die Repräsentativität einer Stichprobe zu erhöhen. Höhere Repräsentativität in einem strukturellen Sinne bedeutet wiederum verlässlichere, «genauere» Schätzwerte. Mit anderen Worten: Dadurch, dass die Stichprobenwerte bestimmter Merkmale an ihre bekannte Verteilung in der Grundgesamtheit angeglichen werden, erwartet man gleichzeitig, dass auch die Verteilung *anderer, eigentlich interessierender* Variablen (in unserem Fall: die Wahlabsichten der Befragten), näher an den effektiven Wert gerückt wird.

Grundsätzlich lassen sich drei, nicht design-bedingte³² Typen von Gewichtungsverfahren unterscheiden:

gen variiert sie zwischen rund 15 und etwa 50 Prozent. In den USA ist die Situation dramatischer. Pew Research (<http://assets.pewresearch.org/wp-content/uploads/sites/12/2017/05/12154630/RDD-Non-response-Full-Report.pdf>) weist beispielsweise Antwortraten von weniger als 10 Prozent aus. Mitte der Neunziger Jahre lagen die üblichen Antwortraten noch bei 36 Prozent.

³¹Der Begriff «Repräsentativität» hat unterschiedliche Bedeutungen. Kruskal und Mosteller (1979) unterscheiden nicht weniger als neun Dimensionen dieses Begriffs. Die strukturelle Bedeutung zielt dabei auf die Struktur der Stichprobe ab: Strukturell repräsentativ ist demnach eine Stichprobe dann, wenn ihre (soziodemographische) Zusammensetzung identisch mit jener der Grundgesamtheit ist. Eine strukturell repräsentative Stichprobe ist demnach ein Sample, welches eine Art Miniatur der Grundgesamtheit darstellt.

³²Neben den hier aufgeführten, nicht design-bedingten Gewichtungsverfahren gibt es auch design-bedingte Gewichtungen. Designbedingte Gewichte korrigieren Verzerrung in der Gesamtstichprobe, die aufgrund einer gewollten, disproportionalen Vorabschichtung erfolgten. Die Gewichte einer solchen Designgewichtung entsprechen den inversen Inklusionswahrscheinlichkeiten der einzelnen Beobachtungen.

- **Poststratifikation:** Darunter werden gemeinhin Gewichtungungsverfahren³³ verstanden, die eine Angleichung der Stichprobenwerte aller (kreuztabellierten) Gewichtungsklassen an deren bekannte Populationsverteilung vornehmen.³⁴
- **Kalibrierungsverfahren:** Darunter werden Adaptionstechniken verstanden, mit denen die Randverteilungen der realisierten Stichprobe an bekannte Randverteilungen in der Bevölkerung angeglichen werden. Der Unterschied zur Poststratifikation liegt darin, dass bei der Kalibrierung keine nachträgliche Schichtung in sich *gegenseitig ausschliessende* Strata vorgenommen wird. Mit anderen Worten: Es werden keine Sollvorgaben für einzelne Gewichtungszellen definiert, sondern lediglich für die Randsummen.³⁵
- **Non-Response-Adjustment:** Darunter werden Verfahren subsumiert, die mithilfe von Informationen über Respondenten und Nicht-Respondenten eine strukturelle Angleichung zwischen Stichprobe und Zielpopulation vornehmen. Non-Response-Adjustierungen unterscheiden sich von den oben genannten Gewichtungsverfahren darin, dass hierzu Informationen über die Nicht-Respondenten nötig sind. Die Gruppe der Nicht-Respondenten kann dabei auf unterschiedliche Weise definiert werden.

Das von uns verwendete IPF-Verfahren (*Iterative Proportional Fitting* (IPF, auch *Raking* oder *Raking Ratio* genannt) ist ein Kalibrierungsverfahren. Kalibrierungsverfahren zielen, wie gesagt, nicht auf Zellenhäufigkeiten, sondern auf die Randverteilungen ab. Das hat

³³Als konkretes Beispiel diene der Stimmentscheid zur Heiratsstrafen-Initiative in der Stadt Luzern. Die Stadt Luzern weist auf ihrer Homepage jeweils die Beteiligung nach Geschlecht (u. a. Merkmalen) aus. Wird nach Geschlecht (*m* steht für Männer, *f* für Frauen) poststratifiziert, erhalten wir mit den Daten der Tamedia-Umfrage folgendes Ergebnis:

$$\begin{aligned}\hat{\pi}_{post} &= \frac{N_m}{N} \hat{\pi}_m + \frac{N_f}{N} \hat{\pi}_f \\ &= \frac{16882}{35856} \cdot 22.58 + \frac{18974}{35856} \cdot 24.44 \\ &= 23.56\end{aligned}$$

Das Beispiel zeigt zudem, dass das Merkmal «Geschlecht» als Gewichtungskriterium von vergleichsweise geringem Nutzen ist. Das ungewichtete Ergebnis für die rund 690 Befragten aus der Stadt Luzern betrug 23.18 Prozent. In der Luzerner Stichprobe sind Männer stark übervertreten. Doch selbst wenn man nach der bekannten Geschlechterverteilung gewichtet, verschiebt sich das gewichtete Ergebnis nur geringfügig auf 23.56 und liegt immer noch weit unter dem effektiven Ergebnis von 39.19%.

³⁴Wir beschränken den Begriff der Poststratifikation auf Verfahren, bei denen *Zellenhäufigkeiten* (im Gegensatz zu Randsummen, vgl. Kalibration) angeglichen werden. Im Prinzip liesse sich die Poststratifikation aber auch als ein Spezialfall der Kalibration definieren. Zhang (1998: 3) schreibt dazu: «Indeed, post-stratification is the finest calibration and calibration the relaxed post-stratification.»

³⁵Anstelle des Terminus «Kalibration» wird zuweilen auch der Begriff «Redressement» verwendet. Redressement bezeichnet in unserem Verständnis jedoch eine generelle Anpassung der Stichprobendaten an externe Daten, ist mithin ein Oberbegriff, der sowohl Poststratifikations- wie auch Kalibrationstechniken einschliesst.

Vorteile: Randverteilungen sind viel häufiger bekannt als gemeinsame Häufigkeiten von Merkmalen.³⁶

Die klassische IPF-Prozedur gleicht die Randsummen einer Stichprobe den vorgegebenen Randsummen iterativ nach folgendem Algorithmus an:

$$\hat{m}_{ij}^{(2\eta-1)} = \frac{\hat{m}_{ij}^{(2\eta-2)} x_{i+}}{\sum_{k=1}^J \hat{m}_{ik}^{(2\eta-2)}}$$

$$\hat{m}_{ij}^{(2\eta)} = \frac{\hat{m}_{ij}^{(2\eta-1)} x_{+j}}{\sum_{k=1}^I \hat{m}_{kj}^{(2\eta-1)}}$$

Für unsere Schätzung haben wir das R-Paket `anesrake` verwendet. `anesrake` erlaubt ein sogenanntes *Trimming* (oder auch: *Truncating*) der Gewichte. Gemeint ist damit eine «Plafonierung» der Gewichtungswerte, dadurch dass eine Obergrenze definiert wird.³⁷ Generell wird dadurch, dass man Obergrenzen (und teilweise auch Untergrenzen) für die Gewichtungswerte festlegt, verhindert, dass einzelnen Beobachtungen extrem hohe Gewichtungswerte zugewiesen werden. Gleichzeitig wird dadurch auch eine Verringerung der mittleren quadratischen Abweichung³⁸ angestrebt. In der angewandten Forschung kursieren unterschiedliche Richtwerte dazu. Battaglia et al. (2004: 4744) schlagen beispielsweise vor, die Obergrenze bei dem Fünffachen des Mittelwertes der Gewichte (1.0) festzulegen. Wir haben entsprechend einen Maximalwert von 5 definiert.

Zu den Hilfsvariablen, nach denen in der vorliegenden Auswertung gewichtet wurde, gehören zum einen soziodemographische Merkmale wie Geschlecht, Alter, Bildungsniveau und Kantonzugehörigkeit. Sodann wurde aber auch nach politischen Merkmalen wie das rückerinnerte Wahlverhalten 2015 und rückerinnerte Abstimmungsentscheide gewichtet. Diese Form von Gewichtung gewährleistet repräsentative Stichprobenkennwerte.

³⁶Poststratifikation setzt voraus, dass die entsprechenden Bevölkerungsanteile für jede einzelne Anpassungszelle bekannt sind. Das ist ab einer bestimmten Zahl von Schichtungsmerkmalen kaum realistisch, weil es hierzu sehr «feinkörnige» Zensusdaten bedarf. Beispielsweise sind die *kombinierten* Anteile der Schweizer Stimmberechtigten nach Alter und Geschlecht bekannt. Aber möchte man etwa zusätzlich nach Parteipräferenz - mithin eine der erklärungskräftigsten Variablen, wenn es um politische Sachpräferenzen geht - gewichten, so würde man Bevölkerungsdaten benötigen, die ausweisen, wie viele Parteiwähler es in den jeweiligen Merkmalsgruppen (z.B. 18-29-jährige Frauen) gibt. Solch detaillierte Zensusdaten existieren weder in der Schweiz noch anderswo.

³⁷Lee (2011:1): «Weight trimming, sometimes referred to as truncation, refers to the reduction of weights larger than some value w_0 to w_0 . In some cases, authors have trimmed low weights smaller than some value w_0 to w_0 , although we do not consider that method here.»

³⁸Die mittlere quadratische Abweichung gibt an, um wieviel der Punktschätzer um den zu schätzenden Wert streut und ist somit ein wichtiges Qualitätskriterium bei der Bewertung eines Schätzers.

Glossar

Wahlabsichten

Die Wahlabsichten der Befragten werden mit der sogenannten Sonntagsfrage erhoben: «Von welcher Partei würden Sie die meisten Kandidaten wählen, wenn am nächsten Wochenende Nationalratswahlen wären?» Die darauf geäusserten Wahlabsichten haben somit einen hypothetischen Charakter, denn am nächsten Wochenende finden keine Nationalratswahlen statt. Dieser hypothetische Charakter schlägt sich - insbesondere dann, wenn solche Wahlabsichten weit im Voraus abgefragt werden - naturgemäss auch in den Antworten nieder. Die Art und Weise, wie man zu einem Wahlentschied gelangt, ist in Interviews ohne bindenden Charakter eine andere als bei einem konkreten Wahlentscheid an der Urne. Hinzu kommt, dass die Bedingungen einer realen Wahl vorab nicht simuliert werden können. Wir wissen zum jetzigen Zeitpunkt beispielsweise noch nicht, welche Parteien in welchen Kantonen 2019 auch definitiv mit einer Liste antreten werden. Auch die Dynamik des Wahlkampfes und die Prägung durch Wahlkampfthemen lassen sich im Voraus kaum simulieren. Das ist vor allem dann ein Problem, wenn solche Wahlabsichten zu Prognosezwecken verwendet werden oder gar als Prognose dienen.

Des Weiteren haben die meisten Wähler am Wahltag (Nationalratswahlen) nicht bloss eine Parteistimmen zu vergeben, sondern mehrere. Im Kanton Zürich können die Wählenden beispielsweise 35 Parteistimmen vergeben. Sie müssen diese Parteistimmen aber nicht notwendigerweise einer Partei allein geben, sondern können panaschieren. Das exakte Panaschierabsichten zu erheben gestaltet sich jedoch enorm schwer. In aller Regel sehen sich die meisten (panaschierenden) Befragten ausserstande, anzugeben, wie viele Stimmen sie wie vielen Parteien geben werden. Wir fragen in der ersten Welle der SRG SSR-Wahlumfragen deshalb nur nach der Partei, die man hauptsächlich wählen würde. Je näher der Wahltermin rückt, desto eher sind Befragte imstande, zumindest einen groben Wert zum Panaschierverhalten anzugeben. Wir werden deshalb in späteren Wellen auch nach dem Panaschierverhalten fragen und auch die Panaschierstatistik einfließen lassen.